

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Liliengasse Nr. 12

Inserionspreis pro dreispaltige Petitzeile 30 Pfg., für Mitgl. Redaktionen 20 Pfg.

Die verunglückte Mohrenwäsche.

III.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die christlichen Arbeiterabgeordneten durch ihre Abstimmung im Reichstage die Interessen der Arbeiter schwer geschädigt haben. Sie haben für eine ungerechte Neubelastung der unteren Volksschichten und für eine Entlastung der oberen Schichten gestimmt, anstatt ihren bürgerlichen Parteigenossen das Volksfeindliche der Finanzreform ernstlich zu Gemüte zu führen. Und wenn es ihnen nicht möglich war, das Unheil zu verhindern — ein Beweis für ihre Einflußlosigkeit in politischen Dingen! — so hätten sie doch unter keinen Umständen ihre Stimmen für die Volksausraubung in die Waagschale werfen dürfen. Dadurch, daß sie dieses taten, haben sie den ultramontan-agrarischen Volksfeinden die Möglichkeit gegeben, sich hinter den christlichen Gewerkschaftsführern zu verstecken. Jetzt sind die Leute vom Schnapsblod in der Lage: folgendes zu erklären: „Wenn sogar die Führer der christlichen Gewerkschaften für die neuen Finanzgesetze gestimmt haben, so können letztere unmöglich arbeiterfeindlich sein. Und wie will man uns aus unsrer Abstimmung einen Vorwurf machen?“ Was wollen die Giesberts und Konsorten dagegen sagen und mit welchen Gründen wollen sie diesen Leuten entgegen treten?!

Die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften soll — nach der Behauptung ihrer Führer — die Möglichkeit gewähren, alle verfügbare Stoßkraft auf die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu konzentrieren. Tatsächlich ist es die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung, eine Erhöhung des Arbeitslohnes herbeizuführen, da auf dem Lohn, den ein Arbeiter oder eine Arbeitergruppe bezieht, die Höhe der Lebenshaltung des einzelnen oder der Gruppe beruht. Nun ist aber der Arbeitslohn eine relative Größe, was besagen will, daß es nicht auf seine absolute Höhe allein ankommt, sondern vor allen Dingen darauf, wieviel man für den Arbeitslohn kaufen kann. Wenn ein Arbeiter in einer Woche M 30 verdient, so weiß jeder Kenner, wieviel Geld das ist; aber er kennt nicht die Kaufkraft dieser Summe, er weiß nicht, wie groß das Quantum Waren ist, das man unter den gegebenen Verhältnissen für M 30 kaufen kann. Offenbar wechselt die Kaufkraft des Geldes je nach den Warenpreisen; sind die Waren im allgemeinen teuer, so ist die Kaufkraft des Geldes niedrig, sind die Waren billig, so ist die Kaufkraft des Geldes hoch. Bei billigen Lebensverhältnissen ist der Lohn von M 30 ein verhältnismäßig hoher, bei teuren Lebensverhältnissen ist es ein niedriger Lohn; jede Verbilligung der Waren bedeutet eine relative Erhöhung des Arbeitslohnes.

Da nach allgemeiner Uebereinstimmung die neue Steuererhebung eine ganz kolossale Verteuerung verschiedener Lebensmittel im Gefolge gehabt und dadurch eine relative Verminderung des Arbeitslohnes bewirkt hat, so war die Frage der Finanzreform keine rein politische mehr, sondern sie wurde zu einer gewerkschaftlichen, an der auch die christlichen Gewerkschaften das lebhafteste Interesse haben. Und da die durch eine arbeiterfeindliche Steuerpolitik herbeigeführte relative Lohnverminderung auch eine Verschlechterung der Lebenshaltung der großen Volksschichten bewirkt hat, so sind es Leere Redensarten, wenn sich die christlichen Gewerkschaftsführer hinter der politischen Neutralität verkrühen. Dies wird auch von solchen Sozialpolitikern zugegeben, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung sehr freundlich gegenüberstehen. So schreibt u. a. die „Hilfe“ des nationalsozialen Pastors Raumann in einem Artikel über die Vogelstrauchpolitik der

christlichen Führer: „Die Gewerkschaften sind Organisationen für den Wirtschaftskampf, sie vertreten die Arbeiterinteressen gegenüber den Unternehmern. Im politischen Kampf sind sie darum neutral. Heißt das so viel, daß sie sich gar nicht um Politik kümmern sollen? Unmöglich; denn die Lage der arbeitenden Klassen wird fortgesetzt von den Geschehnissen der Politik berührt, so unmittelbar, daß die wichtigsten Organisationen der Arbeiter nicht blind an ihr vorübergehen können. Neutralität heißt nur so viel, daß die Gewerkschaften weder im einzelnen auf ihre Mitglieder einen politischen Zwang ausüben dürfen, noch als Gesamtheit sich in die Gefolgschaft einer Partei begeben sollen. Die enge Auslegung der politischen Neutralität durch das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften ist ein höchst charakteristischer Vorgang, und die Auffassung, daß die gewerkschaftliche Kraft sich ausschließlich auf den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu konzentrieren habe, ist eine verfehlte. Denn für letztere wäre doch auch der ganze Umfang der politischen Fragen, Vereinsrecht, Koalitionsfreiheit und Wirtschaftspolitik von einschneidender Bedeutung. Die so wichtige Lohnfrage kann nicht schematisch an ein paar Pfennigbergelichen erledigt werden; gerade in den Zeiten sinkender Konjunktur ist es von stärkstem Interesse, daß nicht der Reallohn, die Kaufkraft des Reallohnes, durch die Verteuerung der Lebensmittel noch herabgedrückt werde. Die allgemeine staatliche Wirtschaftspolitik berührt sich hier aufs innigste mit den eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften.“

Auch in christlichen Arbeiterkreisen wird dieser Zusammenhang zwischen den Arbeitslöhnen und den Lebensmittelpreisen instinktiv empfunden. So enthält eine Denkschrift des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine folgende Sätze: „Gewiß sind die Löhne der Arbeiterschaft infolge des tatkräftigen Eingreifens von Seiten der Gewerkschaften gestiegen. Gestiegen sind aber auch, wenn nicht mehr als die Löhne, so doch gleichmäßig mit diesen, die Ausgaben, und zwar besonders für Lebensmittel und Wohnung. Hierzu kommen die hohen Beiträge für die Organisationen, die ständige Steigerung der direkten und indirekten Steuern usw., so daß wir sagen können, der Arbeiter ist gezwungen, wenn er in der heutigen Zeit nicht zurückbleiben will, darauf zu schauen, sein Budget neben der Erhöhung seines Lohnes auch noch auf andre Weise zu stärken, nämlich durch gemeinschaftlichen Einkauf.“

Was hier vom gemeinschaftlichen Einkauf gilt, daß gilt noch viel mehr von der Steuerpolitik, und alle München-Clabbacher Verdrehungskünste werden die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die christlichen Arbeiterabgeordneten im Reichstage durch ihre Abstimmung einen ganz niederträchtigen Arbeiterverrat geübt haben. Alle Schimpfereien auf die Sozialdemokratie werden hieran nichts ändern, und auch die eifrigste Mohrenwäsche wird den Giesberts und Konsorten das Brandmal des Arbeiterverrats nicht von der Stirn waschen.

Das fühlen diese Herren „Arbeitervertreter“ auch ganz gut, und weil sie merken, daß alle ihre Ausreden nichts nützen, werden sie obendrein noch frech und bestreiten ihren Gewerkschaftsgenossen jede Berechtigung, sie für ihren Arbeiterverrat zur Rechenschaft zu ziehen. Sie setzen sich aufs hohe Pferd und erklären ganz einfach: „Was die Arbeiterabgeordneten in politischen Fragen tun und lassen, das haben sie in der politischen Arena zu vertreten und zu verteidigen. Die christlichen Gewerkschaften geht das nichts an, solange nicht prinzipielle Grundlagen der Arbeiterbewegung berührt werden oder diese

politischen Fragen gleichzeitig Gegenstände gewerkschaftlicher Interessen sind. Beides ist ganz zweifellos bei den Steuerfragen nicht der Fall. Wir begnügen uns damit, einen Passus zum Ausdruck zu bringen aus einem Artikel, den Kollege Behrens im „Reich“ geschrieben hat gegenüber den Quertreibern der evangelischen Arbeiterpresse.“

Es ist der reinste Hohn, daß sie ihren Kollegen Franz Behrens — ausgerechnet den sattem bekannten Stöderzögling Behrens — als Eideshelfer und Fürsprecher heranziehen, damit er sie herausreißen soll. „Kollege“ Behrens ist gerade der richtige Mann dazu, um über eine richtige Vertretung der Arbeiterinteressen ein Urteil abzugeben. Wir gehen deshalb auf die Selbadelei dieses „Arbeitervertreter“ nicht ein, es lohnt sich nicht, auch nur eine einzige Silbe daran zu verschwenden. Wohl aber wollen wir konstatieren, daß auch die Gewerkschaften ein Recht haben, sich über die politische Tätigkeit ihrer Führer auszusprechen und an dieser Tätigkeit Kritik zu üben. Es ist eine ganz gemeine Verdrehung der Wahrheit, wenn behauptet wird, daß Steuerfragen keine „Gegenstände gewerkschaftlicher Interessen“ seien. Wer so etwas sagt, der ist entweder ein Rindskopf oder ein frecher Schwindler. Und kann es wohl eine frechere Verhöhnung der christlichen Arbeiter geben, als wenn der Artikelschreiber ihnen sagt: „Es muß daran festgehalten werden, daß Auseinandersetzungen parteipolitischer Art in unsern Mitgliederversammlungen grundsätzlich zu vermeiden sind und daß es jedem unbenommen ist, vom politischen Gesichtspunkt aus seinen Ansichten und Meinungen über die Steuerreform beliebigen Ausdruck zu geben an den Stellen, die dazu geschaffen sind: bei den bürgerlichen Parteien und ihren Parteinstanzen.“

Also an die bürgerlichen Parteien und ihre Parteinstanzen werden die Arbeiter mit ihren Beschwerden verwiesen, an dieselben Parteien, die durch ihre schmähliche Zoll- und Steuerpolitik die unteren Schichten fortwährend neu belasten. Wenn sich die christlichen Arbeiter eine solche Behandlung seitens ihrer Führer gefallen lassen, dann verdienen sie es wahrlich nicht besser. Jeder denkende Arbeiter aber wird sich mit Entrüstung von Leuten abwenden, die sich von ihren Klassengenossen das Gehalt bezahlen lassen, aber die Interessen der ärgsten Volksbedrucker vertreten. Brutus.

Der Parteitag in Leipzig.

Was der zwanzigste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der am 12. September in Leipzig zusammentrat, an positiver Arbeit insgesamt leistete, wird sicher den Beifall der Parteigenossen im Lande im höheren Maße finden, als die Ergebnisse einiger Tagungen der letzten Jahre, und in Zukunft jedenfalls gute Früchte bringen. Auch waren die Verhandlungen selber von dem Wunsche getragen, bestehende Meinungsverschiedenheiten nur in rein sachlicher Weise zu erledigen. Einzelne Redner glaubten allerdings wiederum, der Partei am besten zu dienen, wenn sie auf Andersdenkende mit großen Worten recht kräftig einschlugen. Sie fanden aber nur schwachen Widerhall.

Den Vorsitz führten Singer und Lipinski. Beide hoben in ihren ersten Ansprachen an die Delegierten die Bedeutung Leipzigs in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie hervor; der historische Boden deutet dies ohne weiteres. Während Lipinski auf die zahlreichen Wahlrechtskämpfe und die gegenwärtige Situation der Partei innerhalb der grün-weißen Grenzpfähle hinwies, wendete Singer den Blick weiter rückwärts und zeigte, daß die moderne Arbeiterbewegung Deutschlands zuerst in Sachsen tiefere Wurzeln faßte und Halt fand. Er erinnerte in diesem Zusammenhang auch an den großen Hochverratsprozess im Jahre 1872 gegen Webel, Liebknecht und Heppner, der den Genannten wohl schwere Strafen eintrug, aber durch seine Verhandlungen die beste Propaganda für die sozialdemokratischen Bestrebungen abgab und den Zu-

Sammenkomst der damals in zwei Lager gespaltenen Genossen zu einer Einheitspartei ganz bedeutend förderte.

Die vom Parteivorstand vorgelegte Tagesordnung erfuhr keine Aenderung. Nach der üblichen Begrüßung der ausländischen Gäste und vor Eintritt in die eigentlichen Arbeiten, von denen wir in unserm Blatte natürlich nur die wichtigsten kurz skizzieren können, teilt Singer mit, daß die Parteileitung beschlossen habe, den kämpfenden Schweden noch weitere 30 000 zu den schon bewilligten 20 000 nachzusenden, eine Nachricht, die stürmischen Beifall auslöst.

Aus den Berichten über die innere Geschäftsgebarung und die Tätigkeit der Kontrollkommission, die dann von Mollenbuhr, Gerlich und Raben gegeben wurde, wurde wenig Kritik geübt. Hervorgehoben wollen wir jedoch, daß Genosse Kapenstein die Tätigkeit der eingesetzten Kinderbeschäftigungskommission nicht auf die ungesetzliche Kinderarbeit beschränkt sehen möchte, sondern sie ergänzt wissen will durch den Schutz der Kinder überhaupt gegen jede Art der Verwahrlosung, Ausnutzung und Mißhandlung. Das war eine sehr beherzigenswerte Anregung. Er bittet den Parteivorstand, daß die Bestrebungen auf diesem Gebiete überall einheitlich und energisch durchgeführt werden. Der Kinderbeschäftigungsparagraph, führte Kapenstein weiter aus, müsse in dem neuen Strafgesetzentwurf womöglich noch Verschärfung erfahren.

Auch der Weiterbildung der Jugend und ihrer Gewinnung für unsre Ziele wurde großes Interesse entgegengebracht. So beschäftigten sich mehrere Anträge mit dem Organ „Arbeiterjugend“ und der ganzen Jugendbewegung überhaupt. Letztere ist von einer Reihe unserer besten Parteigenossen bereits als ihr Hauptbetätigungsfeld ausgerufen worden. Eine Jugenddriftausstellung, die während der Tagung in Leipziger Volkshäuse veranstaltet war, zeigte jedoch, wie weit die Gegner in solchen Bestrebungen unserer Partei noch voraus sind. Parteisekretär Ebert konnte zwar über das Erreichte auch schon erfreuliches berichten; es sind nunmehr in über 300 Orten Jugendausschüsse errichtet; ferner bestehen bereits 36 Jugendheime, wovon 34 eine Bibliothek besitzen, Unterrichtskurse, künstlerische Darbietungen usw. sind gegeben worden, die Abonnementzahl der „Arbeiterjugend“ beträgt 32 000. Die Diskussionsredner betonten aber aus ihren praktischen Erfahrungen heraus, daß größere Massen der Jugend nur gewonnen werden könnten, wenn man sich mehr als bisher in den seelischen Zustand der jungen Leute zu versetzen vermöge und in Wort und Schrift immer bedenke, daß man es nicht mit zwanzig- bis zweiundzwanzigjährigen Menschen zu tun habe. Das Resultat der gründlichen Debatte war die Annahme eines Antrages, in dem die Parteigenossen zu noch größerer Energie und lebhaftem Eifer für die Jugendorganisation sowie Flüssigmachung von Mitteln verpflichtet werden. Mehrere weitere Wünsche wurden der Jugendzentrale zur Bearbeitung überwiesen.

Eine kulturelle Tat von größter Bedeutung vollzog der Parteitag sodann durch seine Stellungnahme zu den Anträgen, welche die Arbeiter von dem Genuß des Branntweins abbringen wollen. Hatte schon in Effen die Partei der Antialkoholbewegung ihre Sympathie ausgedrückt, so war durch den neuen, frivolen Steuerraubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes Ursache gegeben, noch mehr als bisher die Frage einmal gründlich vom finanzpolitischen Gesichtspunkte aus zu betrachten. Die allgemeine Empörung drückte sich in der Parole aus: Steuerverweigerung durch Enthaltung vom Schnapsgeuß. Zu den in dieser Richtung vorliegenden Anträgen wurde nachfolgende Resolution unter brausendem Beifall und Händeklatschen einstimmig angenommen:

„Die von der agrarisch-reaktionären Reichstagsmehrheit beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer begreift, einen großen Teil des durch die wahnwitzige Mißbrauchspolitik verursachten Einnahmehabers des Reiches den Schultern der Vermitteln aufzuerlegen. Zugleich soll durch die Aufrechterhaltung der Kontingentierungspolitik auch fernerhin dem Großgrundbesitz auf Kosten der Branntweintrinker ein jährlicher Ertragsprozent von über fünfzig Millionen Mark gesichert werden. Um dieser verbredlichen Volksauswucherung zu begegnen und zugleich dem durch den Branntweingenuß verursachten und geförderten körperlichen und moralischen Elend weiter Volksschichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Branntweingenuß zu verhindern. Die Parteioorganisationen und die Parteigenossen werden aufgefordert, diesen Beschluß in energichster Weise zur Durchführung zu bringen.“

Eine durch die Genossin Biez abgegebene Erklärung des Parteivorstandes besagte außerdem, daß der Kampf nicht allein durch die Parteipresse, sondern auch durch Verbreitung allgemein aufklärender Flugblätter über die Wirkungen des Alkohols geführt werden solle. Der Krieg gegen die Schnapspest wird also von der Partei aus in feste Formen gebracht werden, von denen der Arbeiterschaft und zum Schrecken der Junker, die jetzt schon ihren Horn über den Beschluß nicht mehr zurückhalten können.

Die lebhaftesten Debatten des ganzen Parteitages knüpfen an den parlamentarischen Bericht, den Ledebour gab. Naturgemäß nahmen dabei die Verhandlungen über die Finanzreform das Hauptinteresse in Anspruch, und zwar um so mehr, da es bekannt geworden war, daß die Fraktion in bezug auf Annahme oder Ablehnung der Erbschaftsteuer selber keine einheitliche Meinung vertrat. Erbschaftssteuern sind eine Forderung des Parteiprogramms. Anfanglich war aber die Fraktion sich einig, die Vorlage der Regierung aus taktischen Gründen abzulehnen, weil der Regierungsvertreter erklärt hatte, daß ohne diese Steuer das ganze Reformwerk unannehmbar wäre. Der Fall der Erbschaftsteuer hätte also die Gesamtvorlage der neuen Steuern vor die Entscheidung des Volkes gebracht; denn ohne einen Appell an die Wähler wäre es dann nicht gegangen. Diese Ablehnung hätte also wohl jeder Genosse begreiflich gefunden. Als es sich aber zeigte, daß die Erklärung der Regierung eitel Humbug war, vertrat der größere Teil der Fraktion die unsres Erachtens richtige Meinung, daß es nun darauf ankomme, von den bestimmten zu erwartenden Kosten auch den Besitzenden unbedingt etwas zutommen zu lassen und wollte deshalb in der dritten Lesung eventuell für die Erbschaftsteuer stimmen. Der andre Teil wollte sie aber nach mir vor ablehnen, weil sie

in diesem speziellen Falle eigentlich nur ein Schönheitspflasterchen für die allgemeine Volksbelastung darstelle. Wie die Fraktion, so war auch der Parteitag in dieser Frage gespalten und die Meinungen plagten hier auf das heftigste und einige Male in alles andere, aber nicht kameradschaftlicher Weise aufeinander. Da es zu einer dritten Lesung im Reichstage aber eben nicht gekommen war, weil die Regierung später vor dem unbeugbaren Willen der Junker zu Kreuze zog und auf die Erbschaftsteuer verzichtete, so ließ man es auch in Leipzig zunächst bei dieser Aussprache bewenden, empfahl jedoch kurz vor dem Auseinandergehen dem Parteivorstand, die Steuerfrage bei nächster Gelegenheit vor einem Parteitag entscheiden zu lassen.

Zum parlamentarischen Bericht wurde ferner bemängelt, daß die Fraktion gelegentlich der Finanzreform nicht auch zu dem Abwehrmittel der Obstruktion gegriffen hatte. Die Ausfallslosigkeit eines solchen Schrittes konnte jedoch gegenüber der jetzigen Geschäftsordnung des Reichstages und angesichts der Stärke oder, besser gesagt, der numerischen Schwäche unserer gegenwärtigen Vertretung im Parlament leicht nachgewiesen werden.

Ein eigentümliches Schicksal war noch einer Resolution Berlin I beschieden, welche nach längerer Aufzählung der Sünden der Liberalen aussprach: „Angesichts alles dessen muß die Zumutung sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, mit dieser Sorte Liberalen zusammenzugehen und gar die Kritik aus taktischen Gründen einzuschränken, wie eine blutige Verhöhnung der Partei anmuten. Die Arbeiterschaft hat Mittel und Wege genug, ihren Willen aus eigener Kraft durchzusetzen.“

Diese Resolution wurde zuerst angenommen; andern Tages protestierte aber ein Teil der Genossen unter der Angabe, sie hätten irrtümlich für sie gestimmt, weil sie der Meinung gewesen wären, daß es sich bereits um die folgende Abstimmung gehandelt habe. Was allerdings vorkommen kann, da in der Regel die Resolutionen vor der Abstimmung nur nochmals ihrer Nummer nach bekanntgegeben werden. Infolge des Protestes nahm man eine zweite Abstimmung vor und nun erfolgte die Ablehnung. In der gegnerischen Presse wurde diesem Vorgange eine große Bedeutung beigelegt und das Ergebnis als ein Sieg des Revisionismus in der Partei ausgepöbelt. Jedenfalls etwas übereilig. Daß alle Richtungen in der Partei gegenwärtig noch von der Notwendigkeit einheitslichen Kampfes gegen die bürgerliche Gesellschaft durchdrungen sind, bewies der Parteitag nachträglich, indem er gewissermaßen zur Erläuterung für solche, welche etwas schwer hören, einstimmig eine Erklärung annahm, nach welcher die Richtschnur nach wie vor als maßgebend anerkannt wird, auf welche sich in Dresden die Partei einigte.

Eine vom Vorsitzenden des Verbandes der Seeleute eingereichte Resolution, welche von der Fraktion fordert, daß sie den Reichstag veranlasse, von der Regierung eine durchgreifende, fortschrittliche Revision der Seemannsordnung und ihrer Nebengesetze zu verlangen, wurde einstimmig angenommen. Ein Beschluß, der auch unsere seefahrenden Kollegen stark interessiert und dessen weitere Folgen sie im Auge zu behalten haben.

Beim parlamentarischen Bericht wurde ferner auch die bekannte Hofgängergeschichte der sieben Schwaben im Gaudumdrehen recht friedlich (jedenfalls zum Leidwesen aller Gegner der Partei) erledigt. Die beteiligten Mitglieder der württembergischen Landtagsfraktion gaben eine Erklärung ab, daß sie nicht beabsichtigt hätten, an einer monarchistischen Demonstration teilzunehmen, und daß, wenn sie vorher gewußt hätten, daß der Auszug zu einer monarchistischen Huldigung benutzt werden würde, sie davon ferngeblieben wären. Damit gab sich der Parteitag zufrieden; die zu der Sache vorliegenden Anträge wurden zurückgezogen, und Singer betonte nur noch, daß er hoffe, daß auch in allen übrigen Körperschaften die Auffassung geteilt wird, daß unsere Genossen bei solchen Kundgebungen nichts zu suchen haben.

Nach Erledigung des parlamentarischen Berichtes wurde ein neues Organisationsstatut, eine umfangreiche Arbeit, in welchem nun auch den Frauen in jeder Weise Gleichberechtigung gesichert ist, en bloc angenommen. Verschiedenen Stimmen gegenüber, die in einzelnen Punkten des Entwurfs eine Beschränkung der Meinungsfreiheit erblickten, wies der Referent, Genosse Ebert, darauf hin, daß nur beharrliche Disziplinwidrigkeiten eventuell einen Ausschluß aus der Partei zur Folge haben könnten und daß ein dreifacher Instanzenzug jeden Genossen vor ungerechter Beurteilung schützen werde.

Die Verhandlungen über die Maifeier brachten endlich die gemeinsame Regelung der Unterstützungsfrage, wie sie seitens des Parteivorstandes und der Generalkommission vorgeschlagen worden war. Das war wirklich an der Zeit, wenn nicht die unliebsamen Auseinandersetzungen über diesen Punkt der Feier noch zu größerem Schaden gereichen sollten als es leider schon geschehen ist. Durch die Abmachungen ist nun eine bestimmte Direktive für den planmäßigen, organisatorischen Angriff der Maidemonstrationen an den einzelnen Orten gegeben, und wir meinen, daß diejenigen, welche tatsächlich ernstlich für die Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten, die Vereinbarungen begrüßen können. Wo die Voraussetzungen für eine wirklich imposante Feier heute schon gegeben sind, das heißt, wo vor allem die gewerkschaftlichen Organisationen gut ausgebaut sind, wird es ein leichtes sein, ausreichende Mittel zur Unterstützung der Genossen zu beschaffen, welche noch zu „Maidopfern“ von besonders hartnäckigen Unternehmern ausgerufen werden. Und die Beteiligung wird dann eine regere werden können. Wo die Voraussetzungen zu einer der Bedeutung des Tages entsprechenden Demonstration allerdings noch fehlen, wird man wahrscheinlich jetzt etwas umsichtiger als bisher zu Werke gehen und eventuell zunächst die Hände davon lassen, dafür aber alles daran setzen, es baldigst ändern nachzutun zu können. Dem Maifeiergedanken selber kann es nichts schaden, wenn dort eine Demonstration unterbleibt, wo sie angesichts der ganzen Verhältnisse sowieso nur den Spott der Gegner herausfordert.

Eine ganz vorzügliche Arbeit leistete der Parteitag noch in seiner Stellungnahme zu der sogenannten Reichsversicherungsordnung. Gustav Bauer behandelte dazu die Krankenkassenfrage, Robert Schmidt die Unfallversicherung und Luise Biez die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Die Referenten gingen in größter Sachkenntnis auf alle Einzelheiten des neuen Planes der Regierung ein; daß es

sich für letztere in der Hauptsache darum handelt, der Arbeiterschaft jedes Mitbestimmungsrecht im Versicherungsweesen zu nehmen, wissen unsere Leser. In den nächsten Monaten wird die deutsche Arbeiterschaft noch eingehend und in energischer Weise gegen diese Absichten Stellung nehmen müssen, wenn sie den drohenden Schlag abwenden will. Hier näher auf die interessanten Ausführungen der Referenten einzugehen, fehlt leider der Platz; auch die gefassten Resolutionen können wir erst später gelegentlich bringen.

Damit waren die Hauptarbeiten der Leipziger Tagung erledigt. Zu erwähnen wäre noch, daß unter anderm dem Parteivorstand zur Verdrückung empfohlen wurde, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages (der in Magdeburg stattfinden wird) auch die Genossenschaftsfrage zu setzen. Eine Anregung, die sich hoffentlich in die Wirklichkeit umsetzen läßt; denn in der Genossenschaftsfrage gibt es noch mancherlei Gegenströmungen einzudämmen, und wir halten es an der Zeit, daß die Partei sich offener als bisher die Unterstützung der Bestrebungen auf diesem Gebiete angelegen sein läßt. Nichts halten wir für berehrter, als die Ansicht, die man manchmal noch von Parteigenossen zu hören bekommt, daß die genossenschaftlichen Bestrebungen mit den Prinzipien unserer Partei kollidieren; wir finden im Gegenteil, daß auch die Genossenschaften sehr wohl zu einem wirksamen Hilfsmittel im Kampfe des Proletariats um seine Befreiung ausgebaut werden können.

Singer wies in seinem Schlußwort noch auf die großen Kämpfe hin, die der Arbeiterschaft in Preußen um die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechtes bevorstehen. Er konnte im übrigen mit Recht das ganze Ergebnis ein befriedigendes nennen.

Unsre Schwedische Bruderorganisation und der Generalfstreik.

Der in Dänemark domicilierende Mitarbeiter unsres Blattes für die skandinavischen Staaten sendet uns einen Bericht über den Kampf, den speziell unsere Kollegen in Schweden in diesen Wochen zu führen hatten. Die Angaben des Berichtes werden in ihren Einzelheiten vom Zentralvorstand des schwedischen Bäder- und Konditorenverbandes bestätigt und hat derselbe am Schlusse noch eine kleine Ergänzung angefügt. Der Bericht lautet:

Wenn diese Zeilen erscheinen, ist der schwedische Großstreik in sein letztes Stadium eingetreten. Es wird deshalb gewiß unsere Kollegen interessieren, einmal eine Uebersicht über den Verlauf desselben zu erhalten, ebenso zu erfahren, wie unsre Bruderorganisation sich während des Streiks verhalten hat.

Ein Kampf wie dieser ist während der ganzen Arbeiterbewegung bis jetzt nicht vorgekommen. Weil einige hundert Arbeiter damit nicht einverstanden waren, daß ihr schon so knapper Wochenlohn noch um 4 bis 6 Kronen gekürzt werden sollte, hat es den Herren Unternehmern gefallen, binnen einigen Tagen 84 000 Arbeiter auf die Straße zu werfen, und sie haben sich das Recht vorbehalten, noch weitere Tausende auszusperren. Was kümmert es diese Kapitalistenproben, die tagtäglich bei voller Kompottschüssel sitzen und mit ihren Familien in den teuren Bädern herumtummeln, daß einige hunderttausend Männer, Frauen und Kinder brotlos daheim hungern, weil ihre Ernährer von Arbeit und Verdienst abgeschnitten sind? Eine größere Herzlosigkeit und brutale Diktatur als hier wird wohl kaum anderswo zu finden sein. Kein Wunder, daß den organisierten Arbeitern schließlich die Geduld riß. Und so geschah es denn auch. Am 4. August haben, wie alle Kollegen wissen, beinahe 300 000 Arbeiter das Dächterwort: „Alle Bäder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“, in die Praxis umgesetzt.

Die einzelnen Phasen des Kampfes brauche ich hier nicht zu beschreiben, da dieselben zur Genüge besprochen wurden. Wenden wir uns unserm Verufe zu. Am 26. Juli wurden die Zirkularschreiben des Landessekretariats an sämtliche Zahlstellen unsres Verbandes gesandt mit der Aufforderung an die Verwaltungen, eine sofortige Abstimmung zu veranstalten, um zu erfahren, inwieweit an dem Streik teilgenommen werden soll oder nicht. Schon am 1. August waren die Antworten von allen Orten eingelaufen, und eine Niederlegung der Arbeit über das ganze Land wurde einstimmig beschlossen.

Am selben Tage wurde den Herren Bädereibstehern dieser Beschluß übermittelt und ein neues Rundschreiben an die Mitgliedskassen unsres Verbandes gesandt, worin die Regeln für die Arbeitsniederlegung festgelegt waren. Am 4. August sollte die Arbeit im ganzen Lande eingestellt werden. Außerdem wurde mitgeteilt: 1. daß die genossenschaftlichen Betriebe in diesem Falle mit den privaten Betrieben gleichgestellt werden sollten; 2. daß alle angefangene Arbeit vollführt werden soll, ehe die Arbeit niedergelegt wird, damit nichts verdirbt.

Ein ähnliches Schreiben wurde der Meisterorganisation überreicht, und erhielt unsre Hauptverwaltung darauf folgende Antwort:

Wir haben Eure Mitteilung erhalten, laut welcher Ihr Euch der Großstreikproklamation des Landessekretariats anschließt. In Antwort dieser Mitteilung ist es unsre Pflicht, anzuzeigen, daß wir eine solche Teilnahme als einen offenen Kontraktbruch betrachten müssen. In den Tarifverträgen zwischen Eurer und unsrer Organisation befindet sich kein Vorbehalt für irgendwelchen Streik oder Lockout während der Zeit der Arbeit. Und wenn die Arbeiter unter einem beliebigen Vorwand gemeinschaftlich die Arbeit niederlegen, wie die Absicht vorliegt, ist es sonnenklar, daß sie sämtlich ihre eingegangenen Verpflichtungen selbst nicht erfüllt haben. Hierzu kommt aber noch, daß dadurch die Sicherheit aller gemeinschaftlichen Verabredung in Frage gestellt wird. Um den für ein Fach wie das unsrige besonders wertvollen Vorteil solcher Verabredungen zu gewinnen und unberührt von den sozialen Streiten außerhalb unsres Berufes leben zu können, haben die Bädereinhaber sich den teuer erkauften Arbeitsverträgen unterworfen und von dem Eintritt in größere und kräftigere Arbeitgeberverbände Abstand genommen. Wenn die Arbeiter bei erster Gelegenheit aber ihre Arbeitgeber mitten in diese sozialen Kämpfe und in die ökonomischen Interessen

Streitigkeiten außerhalb des Berufes hintertreiben, so zeigt dies einen vollständigen Mangel an Rücksicht auf geltende Verabredungen. Es zeigt ferner, daß unsere vertrauensvolle Zuerkennung zu Eurer Organisation auf einer falschen Voraussetzung beruht. Es verbessert auch bei weitem nicht das Verhältnis, daß es die Arbeiter betrifft, welche das Wohl auch für Eure Genossen unentbehrliche Brot zubereiten.

Für den Zentralvorstand der Bäckereinnungen:
M. Lindholm.

Wenn die Meister glaubten, mit diesem Schreiben einen Keil in die allgemeine Streikbewegung einschlagen zu können, haben sie sich mächtig geirrt; denn in keinem andern Berufe hat der Streik so einmütig eingestimmt, wie gerade in dem unsrigen. Nur gegen den Beschluß der Leitung, auch die genossenschaftlichen Betriebe mit den übrigen Arbeitgebern gleichzustellen, regte sich zu Anfang eine Opposition. Es zeigte sich aber bald, daß man gerade hiermit den Nagel auf den Kopf getroffen hatte. In allen größeren Städten wurden nun Streikbäckereien errichtet, die zur Aufgabe hatten, die Streikenden mit Brot zu versorgen.

Die von der Regierung ernannte Vermittlungskommission wurde mehrmals aufgefordert, einzugreifen, um einen Vergleich zuwege zu bringen. Die Regierung stellte sich aber — ebenso wie die ganze bürgerliche Gesellschaft — offen auf die Seite der Arbeitgeber und verweigerte jede Vermittlung. Nach der Proklamation des Großstreiks erhielt ein Mitglied der oben erwähnten Kommission, der Stadtnotar Cederborg, von der Regierung den speziellen Auftrag, den Verlauf des Streiks zu verfolgen, um Bericht abzuhaken, wenn die Lage für eine Vermittlung günstig erschien.

Am 1. September setzte sich genannter Herr Cederborg mit den beiden Parteien in Verbindung, mit dem Erfolge, daß das Landessekretariat seinerseits den Großstreik abbläsen und die Arbeiter, die nicht in Betrieben des schwedischen Arbeitgeberverbandes beschäftigt waren, auffordern sollte, an die Arbeit zurückzugehen. Die Arbeitgeber ihrerseits sollten sich verpflichten, die Arbeiter zurückzunehmen, und zwar in „so großer Ausdehnung als geschehen kann“. In einem besonderen Paragraphen wurde übereingekommen, daß erst nach angefangener Arbeit eventuelle Ansprüche von der einen oder der andern Seite erledigt werden sollten, entweder durch Gerichtsentscheidungen, Schiedsgericht oder durch direkte Verhandlungen zwischen den Hauptorganisationen. Diese Uebereinkunft wurde von dem Landessekretariat und vier Arbeitgeberverbänden unterzeichnet. Die Staats- und Stadtbehörden, die Bädermeister, die elektrischen Straßenbahnverwaltungen u. a. weigerten sich aber, zu unterzeichnen. Um diesen Erfolg zu erzielen, erklärte Herr Cederborg als seine volle Ueberzeugung, daß, wenn der Streik in dem von ihm empfohlenen Umfang eingeschränkt werde, die Regierung eingreifen und intercedieren würde.

Der Vergleich umfaßt circa 100 000 Arbeiter; die 84 000 Ausgeschlossenen wie die 70 000 Streikenden, die in gleichen Betrieben beschäftigt waren, setzten den Kampf unverändert fort. Am 6. September sollte somit ungefähr ein Drittel die Arbeit wieder aufnehmen. Von vielen Fachverbänden liefen indes Proteste ein und weigerten sich diese, der Parole zu folgen. Die Verhältnisse haben sich aber jetzt geändert und die Arbeiter haben ihrerseits die Voraussetzungen für eine Regierungsmittlung in allen Teilen erfüllt. Dessenungeachtet unternahm die Regierung aber zunächst nichts. Die Arbeiter sollen gezwungen werden, nach Kanossa zu gehen. Sie werden aber nicht gehen.

Betreffs der Verhältnisse in unserm Fache haben wir schon früher erwähnt, daß die Bäckereinnungen außerhalb der großen Arbeitgeberverbände stehen, weshalb sie die Erklärung, monach der Status quo aufrecht erhalten werden sollte, nicht unterschreiben wollten. Infolgedessen beschloß der Bäder- und Konditorenverband, daß seine Mitglieder nur dort in Arbeit gehen dürften, wo der Arbeitgeber sich schriftlich verpflichtete, an den vorher bestehenden Tarifverträgen festzuhalten. Um die Arbeiterorganisation zu lähmen, fordern aber die Arbeitgeber jetzt persönliche Kontrakte mit den Arbeitern. Die städtischen Arbeiterverbände haben indes mit 1058 gegen 113 Stimmen beschlossen, keine Kontrakte zu unterschreiben. In Stockholm wird die Arbeit in allen Betrieben, die außerhalb des schwedischen Arbeitgeberverbandes stehen, aufgenommen, ebenso wird auf allen Neubauten, wo der Meister nicht erwähntem Verbandszugehört, die Arbeit in Angriff genommen.

Es ist noch zu früh, von den gewonnenen Vorteilen aus dem noch anhaltenden Kampfe zu sprechen. Eins hat man jedoch erfahren, nämlich, daß die familiären schwedischen Gewerkschaften noch ungeschwächt dastehen und daß unsere Reihen um mehrere 10 000 Mitglieder stärker geworden sind. Der „gelbe“ Streikführerverband hat seine Stellung vollständig verloren und kostet ihm dieser Streik eine ganze Anzahl Anhänger. Den organisierten Arbeitgeberverbänden ist es nicht gelungen, uns auch nur einen Fußbreit aus dem Wege zu drängen. Wenn wir dies konstatieren, darf nicht vergessen werden, daß wir für den bisherigen guten Ausfall des Kampfes unsern internationalen Verbindungen großen Dank schuldig sind. Das Brüderchafts- und Solidaritätsgefühl aller Länder und Nationalitäten wird uns auch schließlich zum glorreichen Siege verhelfen. S. F.

Zu den obigen Schilderungen wollen wir noch folgenden hinzufügen:

Wie bekannt, weigerte sich der Verein der Bäckereinnungen, die Bedingung für die Aufnahme der Arbeit zu unterschreiben. Die Arbeiter, welche in den Generalstreik eintreten, müßten auf irgend eine Weise bestraft werden, sonst konnte es ja den Anschein haben, als ob die Arbeiter den Sieg davongetragen hätten.

In ihrem Schreiben an den schwedischen Bäder- und Konditorenverband, nehmen die Arbeitgeber es sehr übel auf daß die Bäder an dem Streik teilnahmen, und ihn nicht nur als „eine kurze Demonstration“ betrachteten, sondern während eines ganzen Monats den Inhabern der Bäckereibetriebe große Verluste beibrachten und sie der „Plünderung durch außenstehende Konkurrenten“ auslieferten.

Wenn davon gesprochen wird, daß die Arbeiter die Verabredung gebrochen haben, so ist das nicht wahr; denn

in derselben wird weder Streik noch Lockout verboten. Es steht nur darin, daß Streik oder Lockout wegen Streitigkeiten betreffs Auslegung der verabredeten Bestimmungen nicht stattfinden dürfen, und hieron ist ja unsererseits gar nicht die Rede. Die Bädermeister schließen indes ihr Schreiben mit folgendem ab:

Deshalb stellen wir als erste Bedingung für die Wiedereinstellung der Streitenden, daß die jetzt gebrochene Verabredung, hier wie anderswo, mit Beihilfe der Zentralorganisationen erneuert wird bis zu einem gemeinsamen Zeitpunkt (1914), von welchem an eine neue Uebereinkunft getroffen werden kann. Uebrigens fordern wir keine andre Veränderung, als daß die Zeit, wo die Meister das Recht haben, Lehrlingen außer der Verabredung zu stellen, die zwei ersten Jahre im Fache bestimmt werden, und zwar mit der Begrenzung in der Zahl dieser Lehrlingen zu einem auf jede angefangene Vierzahl der sämtlichen Arbeiter in jeder Bäckerei — um erforderliche Garantien für die Erziehung und Rekrutierung im Fache zu Wege zu bringen. Nachdem diese Verhältnisse durch Verträge geordnet worden sind, erklären wir uns bereit, so viele von Euch in Arbeit zu nehmen, für welche wir, neben der schon jetzt disponiblen Arbeitskraft Verwendung haben.

Auf solche Bedingungen kann und will unser Verband nicht eingehen, weshalb der Vorstand in einem Rundschreiben an die Verbandsabteilungen sagt:

Es sind dies Bedingungen, die wir absolut nicht annehmen können, weshalb wir unsere Mitglieder auffordern, auszuharren, bis ein vollständiger Sieg errungen ist. Es nehme deshalb keiner die Arbeit auf, ohne daß der Bäckereihaber die schriftliche Garantie dafür geliefert hat, daß die Vereinbarung, welche vor dem Großstreik gültig war, in Geltung bleibt.

Wie es sich mit der Solidarität der Arbeitgeber verhält, geht am besten daraus hervor, daß ein großer Teil der Bädermeister den Arbeitern schon die gewünschten Verbesserungen gewährte. Wer dagegen einig ist, das sind die Arbeiter. Ueberall haben sie beschloffen, bis zum äußersten den Kampf fortzusetzen.

Von welchen schmutzigen Waffen die Arbeitgeber Gebrauch machen, zeigt ein Zirkular, das vom Vorstand des Vereins der Bäckereinnungen an die Mitglieder gerichtet wurde, worin sie aufgefordert werden, auszuhalten; denn vor Schluß dieser Woche werde die Regierung einschreiten, „was zu unserm Nutzen sein soll, unter der Voraussetzung, daß wir fest und einig stehen“. Es wird weiter mitgeteilt, daß in einigen Tagen eine Rundschrift betreffs Prolongation der Geschäftsbedingungen während der kritischen Zeit erlassen wird zur Austeilung an die Freunde des Bäckergewerbes. Gleichzeitig werden Formulare für individuelle Verträge mit den Arbeitern, versandt. Weiter werden die Mitglieder aufgefordert, Mitteilungen über illoziale Bädermeister einzusenden und Verzeichnisse über die Lieferanten des Gewerbes anzulegen, damit man bei diesen Lieferanten einschreiten kann. — Die Schlussfolgerungen ergeben sich von selbst.

Es haben sämtliche Arbeitgeber in folgenden Orten auf Grund der früheren Bedingungen mit ihren Arbeitern ein Uebereinkommen getroffen, nämlich in Helsingborg, Jstad, Esköf, Trelleborg, Gellivare, Malmberget, Solleftea, Engelholm, Ankers, Söderhamn, Pirrma, Sundbyberg, Umea, Sköfde, Hagelund, Sala, Norrtelje und Deveskättäsvik.

In Tomelitta und Strömsbad waren die Arbeiter nicht im Streik.

Die Konditoren in Gothenburg gingen vor dem Ausgang des Streiks auf ihre alten Verabredungen zurück. In den übrigen Städten haben alle genossenschaftlichen Bäckereien die Arbeit aufgenommen. Ebenso hat ein großer Teil der Grobbäckereien in Lund, Malmö und Landskrona die Verabredung unterzeichnet. In Sundsvall und in einem Teil des Gäfledistrikts haben die Meister unterschrieben. In Stockholm haben 48 Arbeitgeber mit zusammen 225 Arbeitern die Bedingungen unterzeichnet. Und doch glaubt der Bäckereinnungsverband, daß er dabei gewinnen kann, wenn er fortwährend den Arbeitern entgegentritt.

Wie lange der Streik noch dauern kann, ist nicht gut zu sagen. Wir rechnen auf die Sympathie unsrer Brüderverbände im Ausland. Für uns gilt: entweder die alten Bedingungen oder Arbeit ohne irgendwelche Verabredungen! Letzteres wäre natürlich für uns am vorteilhaftesten. A. Sjöstedt.

Wir fügen diesem Berichte noch die letzten Nachrichten an. Am 21. September wurde die Vereinbarung zwischen den Parteien getroffen, daß der bisher geltende Tarif bis zu seinem Ablauf bestehen bleibt und daß die Arbeit im ganzen Lande wieder aufgenommen wird. Die Frage, ob die Arbeiter sich des Tarifbruchs schuldig gemacht haben, geht an ein Schiedsgericht. Stellt dieses fest, daß ein Tarifbruch seitens der Arbeiter vorliegt, dann soll der jetzt geltende Tarif um ein Jahr verlängert werden, liegt jedoch kein Tarifbruch vor, erfolgt eine Lohnerhöhung von 5 pZt. Die Red.

Lohnbewegungen und Streiks.

Tarifvertrag mit der Wendelsteiner Brotfabrik, Nürnberg. Zwischen der Wendelsteiner Brotfabrik (Inhaber Gebrüder Zanders), Filiale Nürnberg, einerseits und dem Verbands der Bäder und Konditoren Deutschlands (Zentrale Filiale Nürnberg) andererseits wurde folgendes vereinbart:

A. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt inklusive der notwendigen Essenspausen zwölf Stunden pro Tag.

B. Löhne. Der Mindestlohn beträgt (ohne Kost und Logis) für letzte Gehilfen M 22,50, welcher sich nach einhalbjähriger Beschäftigung auf M 23,50 erhöht. Für Kübler beträgt derselbe M 24 und für Ofenarbeiter M 27,50. Davon können für Wohnung und Frühstück M 2,50 pro Woche in Anrechnung gebracht werden. Die zurzeit be-

stehenden höheren Löhne der jetzigen ersten Gehilfen werden durch diesen Tarif nicht berührt. Uebersunden werden, wenn solche notwendig sind, mit 60 pZt pro Stunde vergütet. Brot im Werte von 30 pZt täglich wird an die Gehilfen gratis verabreicht. Die Lohnzahlung erfolgt Sonntags nach Arbeitsluß.

C. Ferien. Ab 1910 erhält jeder Gehilfe nach einjähriger Beschäftigung bei Fortbezahlung des Lohnes drei Tage Ferien. Die Zeit derselben wird nach gegenseitiger Vereinbarung bestimmt. Der Gehilfe hat für passende Aushilfen zu sorgen.

D. Allgemeines. Wegen Verbandszugehörigkeit und Eintretens für die tariflichen Bestimmungen dürfen Maßregelungen bezw. Entlassungen nicht erfolgen. Differenzen, die sich aus vorstehendem Tarif ergeben, sind unter Hinzuziehung eines Verbandsvertreters zu schlichten. Der Tarif ist an gut sichtbarer Stelle im Betrieb auszuhängen.

E. Tarifdauer. Die Tarifdauer ist eine zweijährige; wird derselbe nicht mindestens vier Wochen vorher gekündigt, so läuft er stets stillschweigend auf ein weiteres Jahr.

Der Tarif tritt am 19. September in Kraft.

Nürnberg, den 14. September 1909.

Für den Fabrikanten:
Kurz-Zanders, Wendelstein (Filiale Nürnberg).
Für die Gehilfen: Hans Hechtel, Bezirksleiter.

Durch diesen Tarif erhalten die letzten Gehilfen eine Lohnerhöhung von M 3 resp. 4, die zweiten Gehilfen eine solche von M 2 pro Woche. Es ist dies ein Erfolg, den die Kollegen nur durch die Macht der Organisation erreichen konnten. Dies soll und muß einen jeden Nürnberger Kollegen anspornen, dafür zu sorgen, daß uns alle fernstehenden Kollegen noch zugeführt werden; erst dann können auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Kleinbäckereien von Grund aus verbessert werden.

Erklärung. In der Morgenausgabe des „Hannoverschen Courier“ vom 14. d. M. ist unter der Spitzmarke „Ein Bubenstück“ eine Mitteilung der Direktion der Hannoverschen Brotfabrik enthalten. Dieselbe oder eine ähnliche Zuschrift findet sich in einer ganzen Reihe von bürgerlichen Blättern, so in der „Deutschen Tageszeitung“, der „Post“ usw. Die Post gebraucht als Ueberschrift die Worte: „Verbrechen an der Volksgesundheit“, und in der Nachschrift der Redaktion dieses Blattes werden die Streikenden und auch die Streikleitung schwer beleidigt. Die Notiz im „Courier“ hat folgenden Wortlaut:

„Ein Bubenstück. Die Direktion der Brotfabrik zu Hannover teilt nachstehendes mit: „Voll 23 Jahre standen wir mit unsern Brotfahrern in gutem Einvernehmen, das beweisen die Dienstzeiten von 23, 21, 19, 12 und 9 Jahren. Die Brotfahrer gehörten dem Verbands nicht an, sie waren zufriedener, und die hohen Löhne wurden nachweislich bezahlt ohne Einwirkung des Verbandes; erst vor etlichen Monaten sind sie dem Verbands beigetreten, und seit dieser Zeit ist das gute Einvernehmen gestört. Nach kaum 24 Stunden haben die streikenden Brotkutscher wieder um ihre Einstellung nachgehakt; die Stellen waren aber alle besetzt. Voll 23 Jahre haben wir Brot hergestellt, ohne daß Glascherben in dem Brot waren; innerhalb der letzten Monate wurden, soweit es zu unserm Kenntnis kam, zweimal Glasstücke, Stednadeln, Zigarrenstummel und dergleichen in dem Brot gefunden, die absichtlich dem Brot beigelegt sein mußten, weil derartige Gegenstände die Maschinen nicht passieren können. Von vielen andern Schikanen wollen wir ganz absehen. Wenn die irgeleiteten Kutscher und andre Angestellten um ihre Existenz und gewissermaßen um ihre Lebensstellung gekommen sind, so haben sie dies nur den Verbandsleitern zu danken.“

Wir erklären den oder die Verfasser vorstehender Notiz solange für Verleumder, als sie für ihre die Verbandsleitungen und die Verbandsmitglieder schwer verächtlichen Ausführungen keinen Namen genannt und nicht den Beweis erbracht haben, daß die Streikenden oder sonstige in unsern Verbänden organisierten Arbeiter sich in der geschilderten Weise vergangen und das Brot mit den genannten Gegenständen versehen haben.

B. Regel: Deutscher Transportarbeiterverband, Verwaltungsstelle Hannover.

B. Weber: Verband der Bäder, Konditoren und verm. Berufsgen. Deutschlands, Verwaltungsstelle Hannover.

Sozialpolitisches.

Wahl zur Ortskrankenkasse in Herford. In der am Mittwoch, 15. September, stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung der Ortskrankenkasse für die in Schokoladen- und Zuckerverwerken beschäftigten Personen wurden zum erstenmal die Vertreter gewählt. Die von unserm Verbands aufgestellte Liste der Arbeitnehmer, 27 Kollegen aus elf verschiedenen Betrieben, wurde mit 96 Stimmen gewählt. Die Arbeitgeber wählten am gleichen Abend die Herren Ellerbrock, Lehndecker, Dietmann, Beckmann, Reidt, P. Knigge, Vilmeyer, Marmelstein, Heibrink, G. Nolting, J. Weinberg, Dresing, A. Flachmann. Vor anderthalb Jahren wurde bereits der Antrag gestellt, das Vertretersystem einzuführen; solange schlummerte dieser Antrag bei der Aufsichtsbehörde. Endlich ist die Statutenänderung genehmigt. Bereits vor einem halben Jahre wurde aber auch der Antrag gestellt, unsere kleine Ortskrankenkasse aufzulösen und die Mitglieder der allgemeinen Ortskrankenkasse zu überweisen. Sollte dieser Wunsch der Mitglieder auch solange bei der Aufsichtsbehörde liegen, so wäre dies nur zum Schaden unsrer Mitglieder. Es ist also zu wünschen, daß die Vertreter mit aller Kraft dafür eintreten, daß dieser Antrag bald seine Erledigung findet.

Genossenschaftliches.

Unsern Genossenschaftstarif haben seit der letzten Bekanntgabe noch anerkannt: Konsumverein Charlottenburg, Konsumverein Halberstadt, Konsumverein Luckenwalde, „Fortschritt“, Zuckerverwerke und Schokoladenfabrik in Hamburg, Vereinsbäckerei Bünenburg, Konsumverein Eisenach, Warenkaufverein Gotha, Konsumverein Heidersbach, Konsum-

verein Osnabrück, Konsumverein Ludwigshafen a. Rh. Das sind insgesamt 92 tariffreie Vereine, welche zusammen 86 Bäckmeister und 1217 Bäcker und Konditoren beschäftigen.

Ans dem Innungslager.

Beschiedene Bäcker. Auf einer von der Zittauer Gewerbeamt in Schirgiswalde (sächsischer Oberlausitz) veranstalteten Obermeisterversammlung aus dem Bezirk der Kreisbauernschaft Bauzen wurde u. a. die Frage des Lehrlingsmangels einer längeren Behandlung unterzogen. Bäckereibermeister Lehmann aus Bauzen verlangte ein tatkräftiges Eingreifen des Staates, und auf seinen Antrag wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die zum Obermeistertage in Schirgiswalde versammelten Vertreter des Handwerks ersuchen die Gewerbeamt zu Zittau, in Verbindung mit den übrigen Gewerbeämtern Sachsens bei der hohen sächsischen Staatsregierung und dem sächsischen Landtage dahin vorstellig zu werden, daß zur Abhilfe des Lehrlingsmangels im Handwerk und des damit verbundenen Gehilfenmangels eine Summe von jährlich 1 Million Mark den Gewerbeämtern zur Verfügung gestellt werde zur Unterstützung würdiger und bedürftiger Handwerkslehrlinge bzw. deren Eltern.“

Ausgesucht ein Bäckereibermeister muß diese Resolution beantragen. Wie die Begründung ausgefallen sein muß, jagt leider der Bericht nicht. Ein trauriger Notstand ist allerdings vorhanden — nicht in bezug auf Lehrlingsmangel, wie der Ueberfluß von Gesellen täglich beweist. Das zeigt doch wieder am besten der Arbeitsmarkt des Vormonats, der so ungünstig für die Bäcker gewesen ist, wie wohl noch nie beobachtet wurde. Die Oberlausitzer, einschließlich der Bauzener Bäckereibermeister, können noch soviel Lehrlinge züchten; sie werden stets und solange über Gesellenmangel klagen, als nicht die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bessere werden. Löhne von M 4 bis M 6 pro Woche sind keine Löhne. Im übrigen empfehlen wir Herrn Lehmann den Sagania-Jahresbericht zum Studium über die Frage der Lehrlingshaltung.

Anzeigen.

[M. 3] Nachruf.

Am 14. September starb plötzlich unser langjähriges Mitglied und Kassierer, der Bäcker

Cölestin Ostermeyer

im 27. Lebensjahre. Sein lebenswürdiges Wesen und seine eifrige Agitation für den Verband werden ihm bei uns ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren.

Ruhe sanft!

Mitgliederschaft Hannover-Linden.

Nachruf.

Am Donnerstag, 9. September, starb unser Kollege

Louis Zelsewels

im 64. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Mitgliederschaft

[M. 2,40] Braunschweig-Wolfenbüttel.

Mitgliederschaft Hamburg-Altona.
Bezirk Altona-Ottensen.

Samstag, den 3. Oktober, nachm. 3 Uhr:

Gr. öffentliche Versammlung

bei G. Mötzel, Holstenstr. 13.

Referent: Diermeyer, München.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Die Bezirksleitung.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß unsere Versammlung am 28. September ausfällt. [M. 3] D. D.

Unserm lieben Kollegen und früheren Vertrauensmann des Verbandes, Paul Ermer und seiner lieben Braut Martha Schulz zu ihrer bevorstehenden Vermählung

die herzlichsten Glückwünsche!

[M. 3,60]

Die Mitglieder des Bäcker und Konditorverbandes von Cöpenick.

Konsum, Rohstoff- und Produktivverein
c. G. m. b. H.

Mengersgerentz v. Sonneberg, S.-M.

Bäckergesuch!

Ein Bäcker für eine neu eingerichtete Bäckerei, welcher selbstständig backen kann, wird Mitte Oktober dieses Jahres gesucht. Anmeldungen sind bis zum 28. September d. J. an den Vorstand einzureichen.

[M. 4,80]

Der Vorstand.

**Garderoben-Versandhaus I. Ranges
L. Spielmann, München, Dachauerstr. 4.**

Seit Jahren versende ich im ganzen Deutschen Reiche

Herrn- und Knaben-Garderoben

zur vollsten Zufriedenheit meiner Kunden.

Bevor Sie Ihren Bedarf in Herrengarderoben decken, verlangen Sie meinen illustrierten Prachtkatalog B. gratis und franko.

Es liegt in Ihrem Interesse, diesen durchzusehen. Sie werden finden, dass Sie es mit einem selten reellen, soliden und besonders leistungsfähigen Hause zu tun haben.

Meine Garderoben sind in Stoff, Ausführung, Zutaten und der Passform das Vollendetste der Branche, daher mit der gewöhnlichen Konfektion nicht zu verwechseln, und vermöge meines enormen Konsums zu unerreicht billigen Preisen.

Sacco-Anzüge, selten strapazierbare Stoffe in feinsten, modernster Verarbeitung	16 bis 48
Paletots für Herbst, Winter und Frühjahr. Das Eleganteste der Neuzeit	17 „ 45
Sport-Anzüge in Loden, Manchester und eleganten Modestoffen	16 „ 38
Sport-Kragen (Pelerine), nur erprobt gute Qualitäten und imprägniert	8 ⁵⁰ „ 18
Bozener Mäntel, beliebtester Wetterpaletot, in Strichloden und Modestoffen	13 „ 32

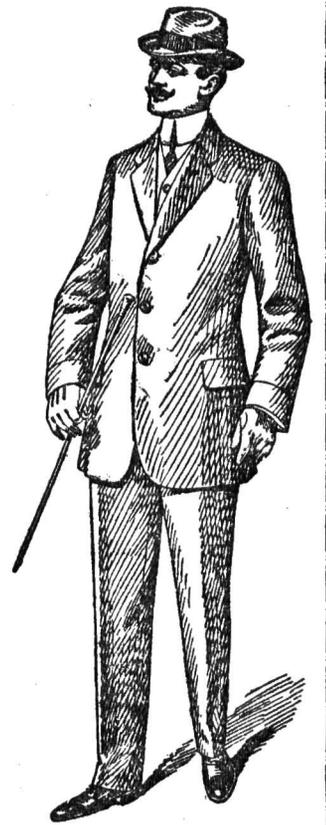
Gehrockanzüge, Rockjacketanzüge, einzelne Hosen, Modewesten usw.

Berufskleider für Bäcker und Konditoren.

Der Versand erfolgt wohl per Nachnahme, dagegen erstatte ich für nicht konvenierende Waren auf Wunsch den Betrag anstandslos retour.

L. Spielmann, München, Dachauerstr. 4.

Telegramme: Spielmann, Dachauerstrasse. — Telephon: Nr. 2464.



Für unsere neue Bäckerei mit Werner & Pfeleiderer-Ofen suchen wir zum baldigen Eintritt einen

Bäckmeister.

Geeignete Bewerber, die mit rhein. Verhältnissen vertraut sind, wollen ihre Gesuche bis 30. September schriftlich unter Angabe der bisherigen Tätigkeit beim Vorstande der unterzeichneten Genossenschaft einreichen.

Allgem. Konsumverein für Düsseldorf u. Umgegend
c. G. m. b. H.
Ackerstraße 15.

[M. 7,50]

Selbständiger, routinierter Kaufmann sucht per 1. Oktober a. c. die Vertretung für eine leistungsfähige

Zwiebackbäckerei

zu übernehmen. Gefl. Offerten erbeten unter Chiffre „Vertreter“, an Daube & Co., Stuttgart. [M. 2,40]

In größerer Stadt Mecklenburgs, Garnison, höhere Schulen usw., ist ein

Bäckerei-Grundstück

zu verlaufen.

Gehaus mit mehreren Mietwohnungen, Aufahrt, großer Hof und Garten zu Bauplätzen geeignet. Forderung M. 27 000, Feuerversicherung zirka M. 20 000. Anzahlung M. 5—7000. Hypotheken günstig.

Nähere Auskunft erteilt F. Meyer, Restaurant Hellberg b. Dobbertin (Medlb.). [M. 4,50]

Bäckerei, Transport- und Kohlenförbe

liefern bei bester Ausführung billigst

Konsumverein Schney.

Station: Dichtenfels i. Bayern.

Berufs-Bekleidung für Bäcker, Konditoren etc.

In starker, solider Verarbeitung.	
Drell-Hosen I u. II	Mk. 2,25, 2,40
Drell-Hosen rein Leinen	„ 3,10, 3,45
Konditor-Jacken I u. II	„ 3,45, 3,75
Konditor-Mützen	„ 0,40
Hemden, Knie-Beutel	„ 1,50
Hemden, Barock od. Flanel	„ 1,60—2,65
Hemden weiss, Buxkin-Hosen etc.	

Berufs-Bekleidungs-Industrie

Hamburg 21, B. Th. Wahn, Schillerstr. 12.

Platzbestellungen per Karte werden sofort ausgeführt. Bei Bestellung sonst Zuschnitt oder Schnittlässe.

Allen Mündtner Bäcker- und Konditorengehülfen

empfehlen sich zur Anfertigung von Herrengarderoben aller Art in jeder Preislage — für eleganten Schnitt und Sitz weitgehendste Garantie

Georg Prem, Walterstr. 9/10.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.
(Wo nichts Besonderes bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Samstag, 26. September:

Alten: Vorm. 10 Uhr „Zum Hirschen“ (Gewerkschaftshaus). — Bant-Wilhelmshaven: 4 Uhr bei Held, Grenzstraße 34. — Bochum: 4 Uhr Ringstr. 8. — Braunschweig (Bäcker): 3½ Uhr in Stegers „Bierpalast“, Stobenstr. 9. — Crimmitschau: 2 Uhr in der Zentralherberge. — Garmisch: 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Hennigsdorf: 4 Uhr bei Lehmann. — Herford: Vorm. 9½ Uhr bei Hillert, Brüderstraße 10. — Vegesack: 4 Uhr bei Brümmer, Langenstr. 55.

Dienstag, 28. September:

Mannheim: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, F 4, 8.

Donnerstag, 30. September:

Görlitz: 3 Uhr im „Goldenen Kreuz“, Langenstr. 48. — Stuttgart (Bäcker): 3 Uhr in der „Börsenhalle“, Christophstraße 24.

Freitag, 2. Oktober:

Frankfurt a. M. (Tagarbeiter): 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — Freiburg i. Br. (Konditoren, Sektion II): 8 Uhr in der „Lesingstube“, Hummelstraße. — Leipzig (Konditoren): 8 Uhr im Volkshaus, Zeigerstraße 32. — Stettin (Konditoren und Tagbäcker): Bei Albert Siptow, König-Albertstr. 48.

Samstag, 3. Oktober:

Barmen: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Parlamentstraße. — Bernburg: Im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. — Brandenburg: Vorm. 11 Uhr im „Deutschen Haus“, Steinstraße 32. — Braunschweig: 3½ Uhr in Stegers „Bierpalast“, Stobenstr. 9. — Chemnitz: Im Annengarten, Annenstraße. — Dessau: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ballenstedterstr. 1. — Dortmund: 3 Uhr in der „Reichstrone“, Mühlenstr. 6. — Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr bei H. Ewald, Breitestr. 15. — Flensburg: 2 Uhr bei Sinn, Nordtor = Bierhalle. — Frankfurt a. d. O.: Im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. — Geesthacht: 3½ Uhr bei W. Kuscia. — Hamburg-Altona, Bezirk Altona-Ottensen (Öffentliche für Bäcker): Bei Middel, Holstenstr. 13 (Referent: Diermeyer-München). — Hof: Im Gasthof Glaser, Sophienburg. — Hildesheim: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Goshenstraße 28. — Kiel: 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstraße. — Landsberg a. d. W.: 2 Uhr bei Kaiser, Luisenstr. 5. — Ludwigshafen: 3 Uhr „Zum alten bayrischen Giesl“, Bismarckstraße 100. — Lübeck: 3 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50. — Meuselwitz: 3 Uhr „Zum Deutschen Kaiser“. — Mülhausen i. E.: Vorm. 10 Uhr bei Schlinger, Baubaustraße 43. — Schwelm: 2 Uhr in der „Zentralhalle“, Paulusstraße. — Schwerin: 4 Uhr bei W. Deden, Gr. Moor 51. — St. Johann a. d. E.: 3 Uhr im „Tivoli“, Gerberstr. 26. — Suhl: 3 Uhr in Dombergs „Anstalt“. — Tangermünde: 3 Uhr im „Kaiserhof“, Langestr. 47. — Ulm: 3 Uhr im Restaurant „Hohentwiel“. — Weimar: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus, Bezirkstag der Bezirke Halle, Gera und Erfurt. — Weimar: 3 Uhr im Volkshaus.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Befensbinderhof 57. — Verlag von D. Almann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Diejenigen Mitglieder, welche jetzt zum Militär einrücken müssen, ersuchen wir dringend, bis zum Tage des Abgangs zum Militär ihre Beiträge zu bezahlen, sich dann ordnungsgemäß bei dem Kassierer ihrer Mitgliedschaft abzumelden und ihr Mitgliedsbuch entweder von Verwandten während der Militärzeit gut aufbewahren zu lassen, oder es dem Hauptkassierer zur Aufbewahrung einzusenden. Während der Militärzeit ruht die Mitgliedschaft zum Verbands. Die Dauer der Mitgliedschaft vor der Militärzeit wird aber allen Mitgliedern mit angerechnet bei ihrem späteren Wiedereintritt nach Entlassung vom Militär, was in der Frage der Unterstützung von großer Bedeutung ist. (§ 16 des Unterstützungs-Reglements.)

Bei solchen Mitgliedern, welche vor ihrer Militärzeit mindestens 52 Wochen dem Verbands angehört, wird nach demselben Paragraphen die Dauer der Militärzeit als Mitgliedschaft mit angerechnet; sie treten also bei der Entlassung nach zweijähriger Dienstzeit in die höhere Unterstützungs-Klasse ein.

Vom Militär in diesem Herbst entlassene frühere Mitglieder müssen sich innerhalb vier Wochen nach ihrer Entlassung bei einer Zahlstelle eventuell dem Hauptkassierer melden, wenn sie ihre Anrechte an den Verband sich wahrnehmen wollen.

Der Verbandsvorstand.

H. A.: O. Ullmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 13. bis 19. September gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat August Zahlstelle Erfurt M. 28,30, Herford 345,30, Schwerin 16,50, Langermünde 89,80, Altenburg 49,60, Waldburg 20,10, Freiburg 72,50, Danzig 172,15, Bremen 163, Augsburg 77,50, Passau 45,80, Stettin 140, Hof 26,40, Ilmenau 39,80, Remscheid 46, Bremerhaven 64,50, Bogen 28,40, Oldenburg 33,30, Forst 25,60, Braunschweig 198,20, Lüneburg 36,90, St. Johann 138,30, Leipzig 736,85, Amberg 54,50, Blauen 68,80, Weißwasser 13,60, Gera 152,70, Traunstein 51,20, Leisnig 19,70, Striegau 22,40, Görlitz 42, Kaiserslautern 40, Flensburg 71,80, Mannheim 456,80, Brandenburg 60,80.

Für die Monate Juli bis August: Marburg M. 25,30.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: A. M. - Löbnitz M. 38, M. A. - Wurzen 2,50, H. A. - Meiersen 1, G. D. - Riffingen 5, G. A. - Sonderburg 5, S. S. - Salza 2, H. B. - Landsberg 15,50, A. B. - Diebichau 4, E. S. - Schwelentrup 5, A. B. - Garzburg 5, J. B. - Birnbaum 8, W. R. - Brummbra 15, E. S. - Grabow 2,50, H. B. - Wittenberg 27,75.

Für Annoncen: F. M. - Sellberg M. 4,50 Zahlstelle Harburg 4,40, Forst 2,40.

Mit der Abrechnung für Monat August an die Hauptkasse restieren folgende Zahlstellen: Vahrenth, Cottbus, Deggen-dorf, Königsberg, Metz und Neumünster.

Für Juni bis August restiert mit der Abrechnung die Zahlstelle Wirmasens.

Der Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

Heute ist der 40. Wochenbeitrag (26. September bis 2. Oktober) fällig.

Aus den Bezirken.

Gera. Alle reisenden Kollegen, welche Sachsen und Thüringen besuchen, werden erlitten, falls sie geneigt sind, Freitag resp. Sonnabends Aushilfe zu leisten, sich beim Vorstand der Mitgliedschaft Donnerstags nachmittags resp. Freitag früh 8 Uhr 10, 3. Et., zu melden.

Suhl und Umgegend. Die Unterstützungen werden bei dem Bevollmächtigten Arno Seibel, Heinrichs b. Suhl, Konsumbäckerei, ausgezahlt. Verkehrslokal: „Domberg's Ausicht“, Suhl, Gothaerstraße.

Sterbetafel.

Braunschweig. Louis Zeiseweis, 64 Jahre alt, gestorben am 9. September.
Hannover. Celestin Ostermeyer, 27 Jahre alt, gestorben am 14. September.
Ehre ihrem Andenken!

Aus der Konditorei-

Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Aus der Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik von Mattke & Sydow in Görlitz. In einer am 18. September abgehaltenen Betriebsversammlung konnte Kollege Winger-Dreslau sich eingehend mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Fabrik beschäftigen. Die Arbeitspreise seien so gedrückt, daß es trotz der größten Schinderei unmöglich sei, einen anständigen Lohn zu verdienen. Es komme vor, daß Arbeiterinnen mit einem Wochenlohn von M 4,50 zu Hause gingen. Außerdem wird ein Teil der abgelieferten Ware oft ungerechterweise bemängelt und dann nicht bezahlt, obwohl sie in den meisten Fällen doch Verwendung findet. Nur dadurch, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen in dem Betriebe so uneinig sind, sei solch eine Behandlung denkbar. Sodann unterzog Winger die Arbeitsordnung

einer scharfen Kritik. Daß die Arbeiter und Arbeiterinnen laut Arbeitsordnung dieser Firma nur Pflichten und keine Rechte haben, nimmt nicht Wunder. Ebenso, daß sie bei Betriebsstörungen, hervorgerufen durch Maschinendefekt oder Reparaturen usw., Lohn für diese Zeit nicht erhalten. Die Arbeiter müssen, trotz ihres geringen Lohnes, für jede Betriebsstörung büßen. Damit während der Pausen niemand auf falsche Gedanken kommt, ist es verboten, Zeitschriften usw. mit in die Fabrik zu bringen; diese Herren verbieten den Leuten einfach, in den Pausen irgend etwas zu lesen. Das einzige, was sie studieren dürfen, ist eben die Arbeitsordnung mit den vielen Strafparragraphen. Wegen jeder Kleinigkeit gibt es Strafe. Ueber die Verwendung der Strafgeelder heißt es: „Die Strafgeelder fließen in die Arbeiterkasse und werden nach Ermessen der Arbeitgeber unter Zuziehung der Werkmeister oder Betriebsleiter zur Unterstützung der erkrankten Angestellten der Fabrik verwendet.“ Von den Arbeitern weiß natürlich keiner, wo das Geld bleibt, denn einen Arbeiterausschuß gibt es ja nicht und Abrechnung über die vielen Strafgeelder abzulegen, fällt der Firma nicht ein. Es ist eine starke Zumutung an die Arbeiter, immer Strafen zu zahlen, ohne zu wissen, wo das Geld bleibt. Und was das schönste ist: Trotzdem in dem Betriebe für die Beschäftigten eine Kündigung nicht existiert, müssen die männlichen Arbeiter M 10, die weiblichen Arbeiter M 5 Kautions stellen, was direkt ungeheuerlich ist. Dieses Geld wird den Arbeitern obendrein nicht verzinst, sondern mit den hiesigen Zinsen vermehrt der Fabrikant seine sonstigen Profite. Es kommen zirka M 2000 Kauttionen in Frage. Auch andre Mängel waren noch zu rügen. Ein Speiseraum ist z. B. für die zirka 300 Personen nicht vorhanden. In den völlig unzureichenden Klosetts sollen die Bedürfnisse „möglichst in den Pausen“ verrichtet werden. Schon aus dem hier angeführten, sowie aus vielen sonstigen Klagen der letzten Zeit gehe, führte Winger weiter aus, zur Genüge hervor, daß hier Remede geschaffen werden muß. Was in andern Orten möglich war, müsse auch hier möglich sein. Nur dadurch, daß sich alle Kollegen und Kolleginnen dem Bäcker- und Konditorenverbande anschließen, sei eine Verbesserung möglich. Den Ausführungen Wingers wurde lebhaft zugestimmt. Für alle Kollegen und Kolleginnen der Firma Mattke und Sydow gilt nun die Parole: „Gemein in die Organisation“. Ueber alles Nähere soll sich jeder im „Goldenen Kreuz“, Langenstraße 37, erkundigen!

Motten und sonstiges Ungeziefer nisten sich befanntlich leicht in Wiskuitwaren ein, und wo sie einmal heimisch sind, hilft in der Regel nur das Rabikalmittel der sofortigen Verbrennung der verdorbenen Warenbestände. Diese Tatsache scheint aber selbst Fachleuten noch nicht geläufig zu sein. Beispielsweise hat erst kürzlich wieder (von einer Großstadt aus) ein Vertreter der Firma Gebr. Stollwerck, A.-G., die Betriebsleitung in Köln, doch über solche frange Ware weiter zu verfügen, da dieselbe, trotzdem sie zugebebt sei, eine Gefahr für die in der Nähe stehenden Waren bilde.

Wäre es nicht besser, die Betriebsleitung gäbe ein für alle Mal die Anweisung, derartiges Zeug sofort zu vernichten? Denn sie wird doch nicht noch „anderweitig“ darüber verfügen wollen?

Traum und Wirklichkeit

oder

Der Werdegang eines Konditorgehilfen.

Etwas zum Nachdenken für Freund und Feind.

Selbsterlebtes von einem alten Praktiker.

I.

In einem behaglichen Familienzimmer wurde hoher Kriegsrat gehalten: man feierte die Einsegnung des ältesten Neffen und eben war man bei der Frage der Berufswahl angelangt.

Franz hieß unser Held; er war eine Waise, leidlich begabt und hatte eine höhere Schule der Residenzstadt besucht und dort im Laufe der Jahre die Obertertia erklommen, als ein jäher Schicksalsschlag die sorgenden Eltern dahintratte. — Bei den vorhandenen Geldmitteln wäre ein weiterer Besuch der Schule schon möglich gewesen — war es doch immer der höchste Wunsch der Eltern gewesen, ihren Sohn in einer gutbezahlten Beamtenstellung oder dergleichen versorgt zu sehen — doch die Bedenken und der Krämergeist der lieben „nächsten Angehörigen“ operierten mit allerlei Vernunftgründen, vom Handwerk, das goldenen Boden hätte und andern und so wurde auch an diesem Abend unser Freund zu einem Handwerker erkoren, und da es auch nichts gewöhnliches sein sollte, so wurde mit lebhafter Zustimmung des Aspiranten selbst ein Kunsthandwerk, die Konditorei, gewählt — die süßen Herrlichkeiten, sowie der Umstand, daß die Konditorgehilfen keine gewöhnlichen Arbeiter — ja, überhaupt keine Arbeiter seien — war ausschlaggebend gewesen. — In zweiter Linie mußte es dem jungen Manne bei den vorhandenen Geldmitteln ja später ein leichtes sein, selbständig werden zu können. So also hatte unser Kriegsrat nach bestem Wissen und Gewissen für unsern Franz, ja sogar mit dessen überzeugter Zustimmung, Vorsehung gespielt.

Schon tags darauf machten Onkel und Nefte sich auf die Strümpfe, um eine Lehrstelle im möglichst großen, renommierten Geschäft zu suchen! — Nun, eine solche war bald gefunden! Der Inhaber, ein alter, würdiger Herr, bestättigte durchaus die Zweckmäßigkeit solcher Berufswahl und bald wurde man auch nach pekuniärer Seite hin handelsmäßig — eine dreijährige Lehrzeit, 300 Mark Lehrgeld — wegen der vielen Mühe, die man mit dem Lehrling ja habe, der zunächst sehr viel verbürbe usw. — Mitbringen eines eignen Bettes, eigne Instandhaltung von Wäsche und Garderobe! Das war alles und der neugebadene Konditorgehilf war fertig!

Am selben Abend noch erfolgte die Ueberfiedelung! In dem stattlichen Hause, mit großer glänzender Schau-

fensterfront, war eine dunkle Wendeltreppe vorhanden und auf dieser gings bis unter's Dach, wo Franz nunmehr mit vier Hausdienern und drei schon vorhandenen Kunstleuten sein neues Heim aufschlugen mußte. Die Gehilfen hatten ihren Wohn- und Schlafraum einige Treppen tiefer.

Im Lehrkontrakt war ausbedungen, daß Franz im ersten Lehrjahre im Laden zu arbeiten habe, im zweiten von früh bis mittag in der Backstube einen Posten zu versehen habe, dann nachmittags im Rauchzimmer Gäste bedienen müsse und das dritte Jahr vollauf in der Backstube beschäftigt werde.

So wurde dann früh um 6 Uhr durch den Ladengehilfen der ältere Lehrling für den Laden und Freund Franz geweckt und die Reinigung der Tische, Flaschen, Gläser usw. vorgenommen; die Waren für Ladentisch und Schaufenster von den Blechen genommen und so emsig einige Stunden bis zur Öffnung des Ladens gereinigt und geäubert.

Bald füllten sich die Lokalitäten, Käufer kamen und gingen, die Hausdiener und die zwei Lehrlinge mußten mit schweren Henckelkörben bestellte Sorten und andre Waren den Kunden ins Haus tragen. Sodann ein frugales Frühstück im Laufen zu sich genommen und gegen 1 Uhr gemeinsame Mittagstafel in der ständig durch flackernde Gasflamme beleuchteten Backstube in frugalster Qualität. — Abends totmüde in den Schlafsalon, nachdem um 11 Uhr Ladenschluß gemacht worden war. — So gings in ewigem Einerlei tagaus, tagein weiter, Sonnabends großes Reinmachen, wo die Lehrlinge schon um 3 Uhr früh aus den Betten gejagt wurden, ohne auch nur das geringste Äquivalent dafür zu haben.

Ein gut Teil früherer Illusionen hatte Franz schon verloren, es war nichts mit den Herrlichkeiten, mit dem Kosten von allem, ach nein — eine schmale Kost! Tagaus, tagein Rindfleisch in den nur erdentlichsten Kombinationen und Variationen — es ging im Ausschank eine Unmenge von Bouillon fort und da war es doch ganz selbstverständlich, daß all das ausgekochte Fleisch wieder verwertet werden mußte und ebenso erklärlich, daß das Personal das Zeug vertilgen mußte — zum Abendessen — es war das eine alte Eigentümlichkeit des Geschäfts — gab's jahraus, jahrein — Tee und Käse oder billigte Wurst einer einzigen Sorte, ganz gleich, ob es Sommer oder Winter war. — Doch Not macht erfinderisch und so wußte das Personal sich zu helfen und labte sich auf andre Art, ziemlich kostspielig, während die wohlweife Geschäftsleitung auf die Billigkeit ihrer rationellen, üblichen Abfütterung nicht wenig stolz war. — Prigel gab's auch in Hülle und Fülle für jede Kleinigkeit, zumal wenn die Stifte, dem Nachahmungstrieb folgend, sich gar einmal einige Pasteten zu Gemüte führten.

Franz konnte bei seinen vierzehntägigen halben Ausgehzeiten seinen Angehörigen wenig Erfreuliches berichten; er wollte mitunter die Plinte ganz ins Korn werfen. Man tröstete ihn immer wieder — Lehrjahre seien eben keine Herrenjahre! — und so hartete und hoffte er weiter auf die kommende glückliche Gehilfenzeit. — So kam das zweite Lehrjahr heran — hinein in die bisher noch fast unbekannte Sphäre, die Backstube.

Jetzt hieß es nach einiger Zeit, noch früher aufstehen, um den Wärrerteigposten zu versehen — aber der Reiz der Neuheit lockte, und galt es nun doch, wirklich einmal etwas zu lernen! Sodann Murbeteigmachen, Ausrollen von Vorratsböden und allem möglichen Seefuchentram — schließlich schleunigst umkleiden, um den Dienst im Rauchzimmer anzutreten. Hier wenigstens einige Selbständigkeit. Trinkgelder wurden reichlich vereinnahmt, und Franz wußte nun schon das Leben sich besser zu gestalten. Die Backstubegehilfen sahen ihn schon etwas mehr für voll an.

Einige Gehilfen verschmähten nicht, ihn auch gelegentlich mal ordentlich anzupumpen, was bei der noblen Lebensweise und dem dazu in gar keinem Verhältnis stehenden Monatslohn, wahrhaftig kein Wunder war.

Endlich kam nun das dritte Jahr. Auch dieses verlief unter kleinen Freuden, aber vielem Leid; namentlich war es die Weihnachtssaison, die schon ungeheure Anforderungen an die Lehrlinge stellte. Bis spät in die Nacht wurde bereits von Mitte Oktober ab geschuftet, zuletzt auch des Sonntags. Arbeiter — pardon — Gehilfen-schutzgesetz gab es ja nicht! — Wenn nach glücklich beendeter Saison die Gehilfen für Hunderte von Ueberstunden einen Monatsgehalt, die Lehrlinge und Hausdiener einige Schlipse und Kragen als Geschenk erhielten, nahmen sie es zwar als förmlichen Lohn entgegen — es war aber doch eben mal nicht anders!

Aber alles geht zu Ende, so auch die bitteren Lehrjahre!

Die gelbe Parade in Cassel.

Zu unserm Berichte, den wir in letzter Nummer über die Parade in Westentaschenformat der Gelben brachten, schickt uns heute Herr Wilhelm Hartmann eine merkwürdige Berichtigung. Sie lautet:

Berichtigung.

Zu Nr. 38 Ihres Blattes vom 18. September zum Bericht über den Bundestag in Cassel ersuche ich auf Grund des Pressegesetzes um folgende Richtigstellung:

Es ist nicht wahr, daß ich gesagt habe, daß der gegnerische Hamburger Verband nur deshalb die Fortschritte zu verzeichnen hatte, weil ihm eine gute Zeitung zur Verfügung gestanden habe. Wahr ist, daß ich gesagt habe, daß Ihr Verband nur deshalb die Fortschritte zu verzeichnen hatte, weil Sie durch Ihr Blatt eine ungeheure Agitation entwickelt hätten. Wilhelm Hartmann.

Daß uns Herr Hartmann dies Vergnügen bereiten würde, haben wir kaum für möglich gehalten; er scheint uns aber in der Tat in sein weites Herz geschlossen zu haben. Während wir nach dem uns zugegangenen Bericht

nur kurz sagten, Herr Hartmann habe ausgeführt, die Fortschritte unfres Verbandes wären deshalb zu verzeichnen, weil uns eine „gute“ Zeitung zur Verfügung stand, besteht unser ehemaliger Freund in unvergänglichem Zuneigung zu uns darauf, der Welt noch ausdrücklich zu verkünden, daß der Verband seine Fortschritte zu verzeichnen hatte, „weil Sie durch Ihr Blatt eine ungeheure Agitation“ entwickelt haben.

Aber, Herr Hartmann, das ist ja eben das Gute an dem Blatte! Wir wollten dies in unserer angeborenen Verschidenheit nur nicht so breit auftragen. Der Berliner Schwarzfärbler scheint jedoch durch die traurigen Erfahrungen, die er mit den Gelben hat machen müssen, wieder auf den Pfad der Tugend, so man Wahrheitsliebe nennt, geraten zu sein, und deshalb besteht er darauf, daß jedes gesprochene Wort ganz genau wiedergegeben wird. Während er früher in seinem Bundesblatt der gelben Gemeinde und den Tausendmarkspendern im Innungslager immer verkündete, er habe den Verband ganz und gar an die Wand gedrückt, zur Ohnmacht verdammt und schließlich totgeschlagen, versichert er uns jetzt schriftlich noch einmal ausdrücklich, daß der Verband „die Fortschritte“ gemacht habe.

Es ist wirklich jammerlich, daß wir jetzt so selten etwas von dem alten Herrn hören.

Terrorismusschwindel.

Ueber den „Terror“, der in den freien Gewerkschaften herrschen soll, wurden von unsern wahrheitsliebenden Gegnern schon Ströme Tinte verschrieben. Im Schweife ihres Angeichts mühen sich die Unternehmerviertel ab, um alle die krassen Fälle an das Licht der Öffentlichkeit zu zerren. So ist in der Presse der christlichen Zentrums-Gewerkschaften seit Jahren eine ständige Rubrik vorhanden, in welcher über das „terroristische Treiben“ der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften gegen Andersdenkende berichtet wird. Die Unternehmerpresse stürzt sich auf das gefundene Fressen mit einem Heißhunger. Und die im Unternehmerviertel oder im Verästelungsdienst stehenden Feilschreiber sorgen getreulich dafür, daß alle „terroristischen Fälle“ der arbeitfeindlichen Regierung zu Ohren kommen.

Die Terrorismusgeschichtenerzähler haben jedoch wenig Glück mit ihrer Arbeit; in den allermeisten Fällen konnte von den in Frage kommenden Gewerkschaften der Beweis erbracht werden, daß die angeführten Vorkommnisse erschwindelt waren. Ja, noch mehr. Wir konnten berichten und eine Unmasse Vorgänge aufzählen, wonach unsere Mitglieder wegen Eintretens für ihre Ueberzeugung von christlich-gelber Seite beim Arbeitgeber oder der Behörde denunziert wurden. Wenn also von unserer Seite mit demselben Maße gemessen würde, wie es von den Gegnern in den Gehilfenreisen geschieht, dann würden diese staunen über die Vorgänge in ihrem Lager. Wir tun das schon deshalb nicht, weil wir den Terrorismus unserer Gegner als einen Ausfluß ihrer geistigen Beschränktheit betrachten; es sind eben in unsern Reihen auch noch Menschen vorhanden, die sich infolge ihrer Dummheit vom Arbeitgeber als willenloses Werkzeug gebrauchen lassen.

Der Terrorismusschwindel spielt in den Köpfen unserer Gegner schon seit Bestehen der freien Gewerkschaften eine Rolle. Die 12 000-Uffäre war doch nichts anderes als ein Vorstoß gegen die Arbeiterbewegung. Damals schenkte der Bund der Industriellen der Regierung den Betrag von 12 000 zur Herausgabe einer Denkschrift über den in den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften grassierenden Terror. Gleichzeitig wurde dem Reichstag ein Gesetzesentwurf unterbreitet, der den unruhlichen Namen Zucht- hausgesetz trug. Nach der Begründung der Regierung sollten die im § 153 der Gewerbeordnung enthaltenen Fuß- angeln und Wolfsgruben nicht mehr genügen, um die organisierten Arbeiter bei Ausbruch von Streiks exemplarisch zu bestrafen. Viel schärfere Bestimmungen sollten durchgeführt und der Raub des Koalitionsrechtes vollzogen werden. Damals waren die Heiserknechte im Lager der Scharfmacher zu suchen, in denselben Kreisen, in welchen der Terror in Reinkultur geübt wird. Einmütig nahmen die Gewerkschaften, ganz gleich welcher Richtung, gegen die Zucht- hausvorlage Stellung und einmütig wurde die Mißgeburt verdammt. Das Schicksal ist bekannt und die Vorlage wurde unter Spott und Hohn der Reichstags- mehrheit wie ein verendeter Hund verscharrt.

Was nun damals die Großindustriellen mit der ihr gefügigen Regierung nicht fertig brachten, das erwartet der gelbe Bund meistertreuer und hilfsfeindlicher Elemente von dem Bundesrat und dem Reichstage. In einer Petition fleht er um Schutz der Arbeitswilligen, „weil der § 153 der Gewerbeordnung einen so geringen Schutz bietet, der kaum nennenswert ist“. Als Entschuldig- ung dieses von Unwahrheit strotzenden Satzes könnte eventuell dienen, daß der Unterzeichner der Petition kein Wäderegeffe, sondern ein Kleingewerbetreibender, nämlich ein Zigarrenhändler, ist, also infolge seiner wirtschaftlichen Stellung nicht imstande ist, Arbeiterinteressen vertreten zu können. Ferner mag mit schuld sein, daß der Petitions- unterzeichner keinen blaffen Schimmer von den Klaffen- gerichtsurteilen hat, die gegen organisierte Arbeiter auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung gefällt wurden. Gätte er davon eine Ahnung, dann könnte er unmöglich die Gesetzgebung mit derartigen dreisten Entstellungen be- helligen. In der Petition heißt es dann weiter: „Mit Hilfe ihrer (der Gewerkschaften) hohen Beiträge, die Staats- und Einkommensteuer bei weitem übertreffen, werden fortgesetzt neue Stellen geschaffen, welche einer strupellosen Hezerei zu dienen bestimmt sind. Sparen wird vermieden; denn sonst könnten ja die wirtschaftliche Selbständigkeit im Handwerk erstrebenden zufriedenen Elemente geschaffen werden.“ Diese beiden Proben ge- nügen, um den weiteren Unfuss, der in der Petition ent- halten ist, würdigen zu können.

Was war nun die Ursache, welche die Gelben zu ihrem Vorgehen veranlaßte? Darüber finden wir in Nummer 15 des gelben Blättchens Aufklärung. Dort wird ein Notzettel über den von unserer Organisation gegen die Gelben geführten „Terrorismus“ veröffentlicht. Wir können gleich vorweg sagen, daß der Artikelschreiber der Wahrheit im großen Vogen aus dem Wege gegangen ist. So wird von Renscheid berichtet: „In Renscheid hat der sozialdemokratische Verband einen unerhörten Terror- ismus an unsern Bundeskollegen verübt. Sämtliche

Namen der Gesellen, welche dem dortigen Verein an- gehören, sind in der sozialdemokratischen Presse veröffent- licht worden, ebenso auch die Meister, bei denen die Be- treffenden in Arbeit stehen. Auch sind schon mehrere Kollegen infolge dieses Gewaltdruckes entlassen worden.“ Demgegenüber hören wir unsern Vorstand in Renscheid: „Mir ist bis jetzt kein Fall bekannt, wo auf unsere Ver- anlassung ein Gelber entlassen worden wäre. Wohl aber trifft das Umgekehrte zu. So sind die Kollegen E. und J. Opfer der Gelben. Der Vorstand des Vereins „Germania“ richtete an die Innung ein Schreiben, die Innung möge veranlassen, daß alle Verbandsmitglieder entlassen würden. Wir haben, ohne besondere Gegenmaßregeln zu ergreifen, einfach das Verhalten Walzers in der Presse festgenagelt. Auch das hat gewirkt; Walzer verschwand, und bis heute haben wir nichts mehr von ihm gehört. Allein der Verein setzt nun geheim den Terrorismus fort.“ Wir wollen aber zum Beweise, daß die Gelben sich selber Lügen strafen, die Hebe von Vollmer-Renscheid auf dem Bundes- tage in Cassel hierhersehen. Er berichtete, daß die Ar- beiterkundschaft der Meister sich oft die Marken zeigen ließe, um festzustellen, ob Verbandsmitglieder beschäftigt würden. Oft seien die Kunden dadurch zufriedenzustellen gewesen, daß man ihnen die Markenbücher des Bundes zeigte, die man dann als Verbandsmarken angesehen hat.“ Also ein veritabler gelber Schwindel, der mit treudeutscher Offenheit vom Bundesbruder Vollmer zugegeben wird. So entlarven sich die Gelben als Schwindler selbst. Im „Notzettel“ spielt dann noch der Dreiwiz eine Rolle. Nun ist allgemein bekannt, daß dieser Bundesbruder alles andre, nur kein tüchtiger Arbeiter ist. In Cassel wurde er wegen seiner lieblichen Arbeit entlassen, daselbe passierte ihm einige Male in Gießen. In Darmstadt wollten ihn nicht einmal die Innungsprotoktoren der Gelben in Arbeit nehmen, und in Frankfurt hat er innerhalb eines halben Jahres ebenfalls schon in drei Wädereien gearbeitet. Das ist der Terror, der gegen den „tüchtigen“ Wäderegeffen Dre- wiz geführt wird. Das Schönste im „Notzettel“ ist: „In Berlin hofpottierte man das Zigarrengeschäft der Frau des Vorstehenden Wischnöski, weil er Führer des Bundes ist.“ Der Artikelschreiber mit dem gelben Präsidenten ist wohl der Meinung, unsere Mitglieder des Verbandes sollen von der Verbandsleitung aufgefordert werden, ihren Be- darf an Zigarren nur bei Wischnöski zu kaufen, viellecht aus Dankbarkeit, weil er sich um die deutsche Wädere- gesellenschaft schon solch „große Verdienste erworben“ hat. Man muß sich fragen, ob die fürchterliche Dummheit oder die Dreistigkeit des Artikelschreibers zu bewundern ist. Weidens scheint in der ehlen Seele verkörpert zu sein.

Soweit haben wir den Terrorismusschwindel der Gelben zerplückt und nachgewiesen, daß der Bund den Bundesrat und Reichstag wieder gehörig anzulernen versucht. Das Niederträchtigste an den Tricks der Gelben ist nämlich, daß Arbeiter selber mit der Regierung und unsern Ausbeutern den Raub auf unser heiligstes Recht — das Koalitionsrecht — vollziehen wollen. Für solche Elemente haben wir nicht mehr übrig als unsere tiefste Verachtung.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1908.

Die Statistik der freien Gewerkschaften über die Arbeits- kämpfe im Jahre 1908 zeigt, daß wohl die Unternehmer das Jahr des stärksten wirtschaftlichen Niederganges und der gerade- zu erschreckenden Arbeitslosigkeit benutzen wollten, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, daß aber auch die Gewerkschaften dank ihrem wachsenden Einfluß nicht nur diese beabsichtigten Verschlechterungen erfolgreich zurückweisen, sondern darüber hinaus noch Verbesserungen der Lohn- und Arbeits- bedingungen erreichen konnten. Mit dem im Jahre 1907 ein- setzenden wirtschaftlichen Niedergang trat auch zugleich ein Rück- schlag in der Zahl der Bewegungen ein. Dieser Rückgang kommt für das Jahr 1908 noch erheblicher zum Ausdruck als es im Jahre 1907 der Fall war. Die Zahl der Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zeigt eine starke Abnahme, während die Zahl der Abwehrkämpfe stieg. Bewegungen mit und ohne Arbeitseinstellung wurden im Berichtsjahre 5837 ge- führt, gegenüber 8053 im Jahre 1907; doch ist die Zahl noch höher als im Jahre 1905, das 5659 Bewegungen aufwies. Von den Bewegungen wurden im Berichtsjahre 15 758 Orte und 49 117 Betriebe mit 742 704 beschäftigten Personen betroffen. Ohne Arbeitseinstellung wurden 63,7 pZt. der Bewegungen für 449 484 beteiligte Personen erledigt. Von diesen ohne Arbeits- einstellung verlaufenen Bewegungen wurden 88,9 pZt. durch erfolgreiche Verhandlungen mit den Unternehmern, 1,7 pZt. durch Zugeständnisse der Unternehmer ohne Verhandlungen und 7,7 pZt. durch Zurückziehen der Forderungen erledigt.

Streiks und Aussperrungen fanden 2230 statt mit 126 888 beteiligten Personen. Im prozentualen Verhältnis der mit oder ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Bewegungen zeigt das Jahr 1907 mit dem Berichtsjahre sehr geringe Differenzen, die zu irgendwelchen Schlüssen keine Berechtigung geben. Während 1908 auf friedlichem Wege 63,7 pZt. der Bewegungen endeten, waren es 1907 61,8 pZt., durch Arbeitseinstellung wurden 1908 36,3 pZt. der Bewegungen erledigt 1907 38,2 pZt.

Von den gesamten Bewegungen waren erfolgreich: 3025 = 51,8 pZt., teilweise erfolgreich: 1425 = 24,4 pZt., er- folglos: 1188 = 20,3 pZt.

129 Bewegungen waren am Jahreschlusse nicht beendet und von 75 Bewegungen blieb der Ausgang unbekannt. Es waren beteiligt: an den erfolgreichen Bewegungen 191 428 Per- sonen = 33,2 pZt., an den mit teilweisem Erfolg beendeten Bewegungen 217 562 Personen = 37,8 pZt. und an den erfolglosen Bewegungen 146 238 Personen = 25,3 pZt.

Die Gesamtausgabe für die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung betrug M. 4 624 325. An den Bewegungen partizipieren 55 Verbände. Keine Bewegungen hatten die Ver- bände der Bureauangestellten, Friseur, Hotelbediener, Notenfischer und Zivilmusiker.

Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung dienten 3059 mit 401 334 Beteiligten der Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. 548 Bewegungen mit 48 100 Be- teiligten wurden veranlaßt durch beabsichtigte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens der Unternehmer. Die Zahl der Angriffsbewegungen hat sich um 36,3 pZt. und die Zahl der daran beteiligten Personen um 21 pZt. verringert. Dagegen ist die Zahl der Abwehrbewegungen um 106 pZt. ge-

stiegen und die Zahl der daran beteiligten Personen war um 174,7 pZt. gestiegen.

Die Angriffsbewegungen endeten in 54,2 pZt. erfolgreich, in 30,7 pZt. teilweise erfolgreich und in 372 Fällen mit 91 155 Beteiligten erfolglos. Von den 548 Abwehrbewegungen waren 79,3 pZt. erfolgreich, 9,5 pZt. teilweise erfolgreich und in 61 Fällen mit 8404 Beteiligten erfolglos.

Der Erfolg der friedlich verlaufenen Bewegungen hat sich im Berichtsjahre noch ungünstiger gestaltet als im Jahre 1907. Immerhin muß berücksichtigt werden, daß die Erfolge dieser Bewegungen auch in diesem Jahre trotz der ungünstigsten wirt- schaftlichen Konjunktur außerordentlich groß sind, zumal die erfolglosen Bewegungen doch nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Zeigt die Zahl der Streiks und Aussperrungen schon eine Verminderung um 26,5 pZt., so ist die Zahl der daran beteiligten Personen mit 126 888 gar um 54,8 pZt. zurückgegangen. Die Kämpfe hatten also auch einen geringeren Umfang. Die Ausgaben dafür betragen denn auch nur M. 4 477 039 gegenüber M. 12 364 082 im Jahre 1907. Be- achtenswert ist, daß das Bestreben der Verbände, ihre Kämpfe aus eigenen Mitteln zu bestreiten, in den Jahren steigende Tendenz zeigt. Im Jahre 1908 wurden mit 99,2 pZt. fast sämtliche Streikunterstützungen aus den eigenen Mitteln, also ohne Hilfe von außen, des betreffenden Verbandes bestritten. Von den Kämpfen waren Angriffstreiks 33,1 pZt. (1907 58,6 pZt.), Abwehrstreiks 54,4 pZt. (1907 29,9 pZt.), Aussperrungen 12,5 pZt. (1907 11,5 pZt.).

Die Erfolge der Kämpfe sind etwas günstiger als im Jahre 1907; sie stehen auch unter dem Durchschnitt der 18 Be- richtsjahre. Den größten Anteil an der Zahl der Kämpfe hat das Baugewerbe mit 911 Kämpfen und 29 669 beteiligten Personen; dann folgt die Holzindustrie mit 309 Kämpfen und 15 197 Be- teiligten. Die Metallindustrie mit 240 Kämpfen weist jedoch mit 84 643 Personen die höchste Beteiligungsziffer auf. Die Bekleidungs- und Lederindustrie weisen 163 Kämpfe auf, stehen aber mit den 24 530 Personen an dritter Stelle der Be- teiligungsziffern. Den geringsten Anteil an den Kämpfen hat das graphische Gewerbe mit 26 Kämpfen und 935 Beteiligten.

Beteiligt waren 92 091 männliche und 10 513 weibliche Personen, von denen 83 412 bzw. 5803 gewerkschaftlich organisiert waren. Die Verluste an Arbeitszeit betragen rund 2 045 000 Tage, an Verbisst nahezu acht Millionen Mark.

Die Angriffstreiks haben mit 678 gegenüber 1635 im Jahre 1907 einen Rückgang von 58,5 pZt. erfahren. Erfolgreich endeten 46 pZt., teilweise erfolgreich 25 pZt. und erfolglos waren 24,5 pZt. Die Zahlen weisen eine geringe Verschlechterung gegenüber 1907 auf, sie stehen unter dem Durchschnitt der letzten neun Berichtsjahre, sind jedoch noch erheblich günstiger als in den Krisenjahren 1901 und 1902.

Die Abwehrstreiks weisen mit 1117 gegen 834 des Jahres 1907 eine Vermehrung um 33,9 pZt. auf. Die Zahl der Beteiligten stieg mit 36 120 Beteiligten jedoch nur um 8,9 pZt. Erfolgreich endeten 47,0 pZt., teilweise erfolgreich 12 pZt., erfolglos 36,7 pZt. Auch von den Erfolgen der Abwehrstreiks gilt das von den Angriffstreiks Gesagte. 573 Streiks mit 16 980 Be- teiligten mükten um Zurückweisungen von Lohnreduktionen geführt werden, die zu 47,7 pZt. erfolgreich und zu 10,5 pZt. teilweise erfolgreich beendet wurden. In 179 Fällen fanden Streiks wegen Maßregelungen statt. Ueberaus bezeichnend für unsere „herrliche Gesellschaftsordnung“ ist es, daß bei der erschrecken- den Arbeitslosigkeit des Jahres 1908 noch 37 Streiks geführt werden mükten, um — eine Verlängerung der Arbeitszeit ab- zuwehren! In 18 Fällen = 48,6 pZt. war es leider nur möglich, solche allen Vernunftgründen hohnsprechende Maßnahmen zurück- zuweisen. In vier Fällen wurde nur ein teilweiser Erfolg erzielt und in 15 Fällen war die Abwehr der Arbeitszeit- verlängerung erfolglos. In 16 Fällen mükte gegen den vom Unternehmer verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft werden, die leider den geringsten Erfolg aufzuweisen hatten.

Die Aussperrungen sind ungefähr im gleichen Verhältnis wie die gesamte Zahl der Kämpfe zurückgegangen. Es wurden 257 Aussperrungen mit 60 576 Beteiligten gezählt gegenüber 323 Aussperrungen mit 104 738 Beteiligten im Jahre 1907. Der Zahl der Beteiligten nach sind die Aussperrungen im Jahre 1908 im Verhältnis zu den gesamten Kämpfen erheblich un- sangreicher vorgenommen worden als in früheren Jahren. Von den Aussperrungen endeten für die Arbeiter insgesamt 54 = 21 pZt. mit 4923 Beteiligten = 8,1 pZt. erfolgreich und 84 = Aussperrungen = 32,7 pZt. mit 29 241 Beteiligten = 48,3 pZt. teilweise erfolgreich. Wie bei den andern Kämpfen ist der Erfolg der Arbeiter bei den Aussperrungen ungünstiger als in den Vorjahren, jedoch trat auch für die Unternehmer nicht der Erfolg ein, den sie erwarteten.

Die Resultate der Bewegungen insgesamt sind eine Arbeitszeitverkürzung für 59 324 Personen in Höhe von 183 751 Stunden pro Woche und Lohnerböhhungen für 236 541 Personen im Gesamtbetrage von M. 365 923 pro Woche. Außerdem wurden noch für 175 687 Personen sonstige Ver- besserungen der Arbeitsbedingungen erreicht. Korporative Arbeitsverträge wurden 1860 für 282 958 Personen ab- geschlossen.

So zeigen die wirtschaftlichen Kämpfe der freien Gewerks- chaften selbst in dem so schweren Krisenjahre und bei erheblich verminderten Zahlen noch die tatkräftige Hilfe der Organisation, die den Arbeiter gegen die willkürlichen Anschläge des Unter- nehmertums schützt. Würde das immerhin noch große Heer der freien Gewerkschaften noch fernstehenden Arbeiter doch erst diese Kulturarbeit der Zentralverbände richtig würdigen und durch Masseneintritte in die Gewerkschaften die Reihen der Kämpfer stärken. In so geschlossener Phalanx würden die Gewerkschaften auf wesentlich größere Erfolge blicken können.

Berichte aus den Zahlstellen.

(Die Schriftführer werden ersucht, das Papier stets nur auf einer Seite zu beschreiben und die Berichte innerhalb acht Tagen nach den Versammlungen einzusenden.)

Augsburg. Am 8. September fand die Mitglieder- versammlung statt, in welcher auch die zurzeit stattfindende Hausagitation diskutiert wurde. Der Vorsitzende, Kollege Sailer, bemängelte sehr die Lethargie der Verbandskollegen, welche es nicht für nötig fanden, die Berichte einzuliefern. Es kann deshalb ein klarer Bericht an den Hauptvorstand nicht eingekickt werden, was für die Augsburger ein bescheidenes Zeugnis ist. Schreiber dieses meint, daß solch kleine Statistiken keine erheblichen Arbeiten machen und daß jeder Verbandskollege, gleichviel ob er in der Konjunkturbäderie, oder bei der Hofbäderie von Seibl oder bei Privatmeistern beschäftigt ist, es für seine

Ehrenpflicht gegenüber der Organisation halten sollte, daß solche Erhebungen mit allem Eifer betrieben werden, sobald das Material vom Haupt- oder Gauvorstand beizugehen die Mitgliedschaft gefordert worden ist. Wenn der Vorsitzende dann das Material in Händen hat, und es sofort an die Mitglieder verteilt, damit dieselben Zeit und Gelegenheit haben, es richtig und genau zu bearbeiten, so muß die Arbeit Früchte tragen. Der Erfolg in Augsburg wird zwar noch nicht derjenige sein, wie vielschicht in solchen Städten, wo schon in mehreren oder in den meisten Bäckereien wenigstens ein Kollege im Verband ist; aber immerhin darf dies keinen Kollegen abschrecken. Erst recht mit Eifer und hauptsächlich mit **A u s b a u e r** muß er mithelfen, die Nacht der Unwissenheit, die auf der Augsburger Kollegenchaft noch liegt, zu durchbrechen. Das kann nur geschehen, wenn jeder Verbandskollege seine volle Pflicht und Schuldigkeit tut!

Gera (Neub. J. L.). Am 12. September hielt die Mitgliedschaft eine öffentliche Versammlung ab, welche stark besucht war. Kollege Kahl hielt einen Vortrag über: „Die Bewegung der deutschen Bäckergesellen und die Einführung zeitgemäßer Einrichtungen im Verufe“. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Zum Punkt 2, die eingegangenen Zuschriften und Erklärungen seitens der Geraer Bäckereimeister, gab Kollege Bennekold das Resultat bekannt. Auf 55 eingegangene Fragebogen haben nur 13 Arbeitgeber die Erklärung abgegeben, daß sie ihren Gehilfen bei Ausübung ihres Koalitionsrechtes nichts in den Weg legen wollten, auch in ihren Betrieben jederzeit organisierte Gehilfen dulden. Des näheren ging Bennekold auf die zurzeit bei dem Gemeinderat beantragte Feiertagsruhe ein und auf die Rolle, die die Kollegen im Verein Brüderchaft, wo man sich als Schlepper der Innung hergab, spielen. Die anwesenden Mitglieder des Vereins konnten dem nicht widersprechen. Offenbar muß man zugeben, daß lediglich erst unsere Organisation den Anstoß dazu gegeben hatte, und jeder Bäckergeselle nun sagen muß, daß wir bestrebt sind, Verbesserungen zu schaffen. Die Diskussion bewegte sich im Rahmen der Referate, und wurden wieder einige Kollegen gewonnen.

Anschließend wurde noch eine Mitgliederversammlung abgehalten, in der man Stellung zur Wahl der Gewerbegehilfsvereine nahm und Kollegen Reibenz in Vorschlag brachte. Ferner wurde beschlossen, für die Schweden wöchentlich einen Beitrag von 20 M zu steuern, solange der Streik dauert. Unter Aufforderung zur Mitarbeit bei der Agitation, auch (nach den Beschlüssen der Hauptvorstände) unter den verwandten Gewerben, wurde die Versammlung geschlossen.

Kollegen Gera! Unsere Versammlung hat bewiesen, daß bei etnigermaßen Mitarbeit Erfolge zu erzielen sind. Wird unsere jetzige Agitationskommission so weiter fahren und immer wieder die uns noch fernstehenden Kollegen durch immerwährende Hausagitation aufsuchen, so können wir in Kürze das Hundert voll machen. Ein Stolz muß es für alle Mitglieder sein, wenn den Brüderschäftlern bewiesen wird: 100 Mann hoch stehen wir zusammen! Den Beweis kann man ihnen durch den Versammlungsbefuch bringen. Deshalb heißt es, zu jeder Versammlung die nötige Agitation zu entfalten, um säumige und nachlässige Kollegen zur Mitarbeit zu bewegen und aufzuklären. Die Zeit ist günstig! Vorwärts! sei unsre Parole.

Friedberg. Am 15. September fand hier eine gutbesuchte Versammlung statt. Von dem in der Versammlung am 1. September gefassten Beschluß ausgehend, daß sich alle Kollegen dem Verbandsantrag anschließen wollen, haben die in Friedberg und Naheim beschäftigten Bäckergehilfen den Worten die Tat folgen lassen. Nach den Ausführungen des Kollegen Geißwolk, die mit Beifall aufgenommen wurden, sind alle Anwesenden dem Verbandsantrag beigetreten. Man gab sich das Gelübnis, den jetzt beschrittenen Weg weiter zu verfolgen und auch den letzten Kollegen der Organisation zuzuführen, die nur allein in der Lage ist, uns Vorteile zu erringen. Beschlossen wurde, die Mitgliederversammlungen jeden ersten Mittwoch im Monat im „Saalbau“ abzuhalten. Jetzt auf zur Arbeit, damit in Friedberg und Naheim in Kürze eine Zahlstelle entsteht, die den dortigen Kollegen Ehre macht und andern zum Ansporn dient.

Hagen i. W. Am 11. September referierte in einer öffentlichen Versammlung Kollege Allmann; er sprach über die wirtschaftliche Lage im allgemeinen. 24 Verbandskollegen waren anwesend und zwei von den angebl. Gelben; einer von diesen, sogar der Vorsitzende, ließ sich aufnehmen und will in Zukunft mit daran arbeiten, unsre Lage zu verbessern. Kollegen! Auch hier in Hagen muß es noch besser werden, damit auch wir einmal als ordentliche Arbeiter angesehen werden. Unsere Parole soll und muß stets heißen: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer.“

Halle. Die am 12. d. M. stattgefundene Mitgliederversammlung war des Jahrmarttags wegen nur von 25 Kollegen besucht. Ausgenommen wurden sieben neue Mitglieder. Kollege Friedrich behandelte den Stellenmangel an Orten. Von nun an sollen die Aushilfen sowie die festen Arbeiten nur noch im Verbandslokal bei Straicher, Gasthof „Zu den drei Königen“, ausgegeben werden. Er stellte hierzu den Antrag, da es häufig vorkomme, daß junge und zugereifte Kollegen nicht wüßten, an wen sie sich zuerst wenden sollten, Orientierungskarten auf Kosten der Zahlstelle zu schaffen, die den ortsunabhängigen Kollegen behilflich sein sollen, leidet auf jede gewünschte Frage Antwort zu erteilen. Die Versammlung stimmte dem zu. In der nächsten Mitgliederversammlung soll Redakteur Vogt vom „Volkssblatt“ einen Vortrag über: „Arbeitsverhältnisse in Amerika und Deutschland“ halten. Für die streifenden schwebischen Arbeiter wurden als zweite Rate M . 25 aus der Volkstafel bewilligt.

Lüdenscheid. Am 10. September fand hier eine öffentliche Versammlung statt, welche mäßig besucht war. Allmann-Hamburg hielt einen Vortrag über die allgemeine Wirtschaftskrise und deren Wirkung im Bäckergewerbe. Ferner klärte er die Kollegen über das Bestreben und die Vorteile des Verbandes auf; seine Ausführungen fanden großen Beifall. Nachdem richtete Kollege Böttcher noch einen Appell an die Mitglieder und ermahnte sie, sich der Agitation aufs eifrigste zu widmen.

Suhl. Am 5. September tagte in „Dombergs Ansicht“ eine Versammlung der Bäcker. Kahl-Hamburg erläuterte den Anwesenden die Führung der Geschäfte in einer Mitgliedschaft. Derselbe schlug vor, die zu wählende Verwaltung für Suhl so klein wie möglich zu halten, da in Anbetracht der noch geringen Mitgliederzahl eine große umfangreiche Verwaltung nur erschwerend wirken würde. Sodann wurde der bisherige Vertrauensmann, Kollege Arno Seidels-Heinrichs, einstimmig als Bevollmächtigter, welcher auch zugleich die Kassengehäfte führt, Kollege Heinrich Mumb-Abrecht und die Kollegen Paul Schiede-Heinrichs und Albin Trockenbrodt-Goldlauter als Revisoren gewählt. Ferner wurde Kollege Paul Schiede ins

Gewerkschaftskartell delegiert. Kollege Seidel ermahnte die Anwesenden, nun auch tüchtig mitzuhelfen, damit unsre junge Mitgliedschaft blüht und gedeiht.

Weimar. Zu der am 7. d. M. stattgefundenen Versammlung, in welcher Kollege Kahl über das Thema: „Der Kampf der Bäckergesellen um ihr Menschenrecht“ referierte, waren außer drei Meistern 26 Kollegen anwesend. Der gelbe Bund war trotz mehrmaliger Einladung zu dieser Versammlung ausgeblieben. Im weiteren Verlaufe der Versammlung erschienen aber doch noch zwei Abgesandte der gelben Garde. Als dann in der Diskussion der eine, namens Frenzel, gefragt wurde, ob er keine Erwiderung auf das Referat des Kollegen Kahl bringen könnte, bekam die Versammlung nur die geistreiche Antwort zu hören: „Ich bin nicht als Redner hier anwesend, sondern aus eigenem Interesse.“ In der Diskussion zu dem mit großem Beifall aufgenommenen interessanten Referat sprachen sich mehrere Kollegen noch dahin aus, daß es ganz unmöglich sei, daß Meister und Geselle dieselben Interessen vertreten können; wenn es trotzdem von den Gesellen behauptet werde, so nur, um unwissenden Kollegen Sand in die Augen zu streuen. Daß die weimarschen Verhältnisse viel zu wünschen übrig lassen, beweisen wohl am besten folgende Vorkommnisse: Als kürzlich von einem unserer Verbandskollegen ein Antrag bei der Polizeibehörde gestellt wurde, doch einmal die Schlafräume der Gesellen beim Bäckereimeister Kost (selbiger ist uns schon bekannt wegen des Pfingstessen) zu revidieren, wurde dem betreffenden Gesellen von dem Beamten der Revision erwidert: „Ja, wenn hier ein Stuhl oder Tisch hereingeing, würde wohl der Meister einen hereingestellt haben.“ (Man male sich selber das Jähliche einer sogenannten Bude aus!) Aber auch mit der Bäckerei des Herrn Bränlich muß sich einmal die Öffentlichkeit beschäftigen. Nicht bloß, daß bei diesem Herrn trotz der gesetzlichen Sonntagsruhe von morgens 8 Uhr ab noch bis mittags 1 Uhr gearbeitet wird und dann die Lehrlinge noch bis 3 Uhr nachmittags Ware austragen müssen, es scheint auch der neunzehnjährige Sohn des Herrn Bränlich gegen die Lehrlinge recht „erzieherisch“ wirken zu wollen, um das gute Verhältnis zwischen Meister, Gesellen und Lehrlinge zu fördern. Wiederholt schon schlug er einen der Lehrlinge derartig, daß dieser blutüberströmt die Arbeit unterbrechen mußte. Man darf es diesem Herrn aber eigentlich nicht übelnehmen; denn er ist ja Mitglied des Bundes. Zeit wäre es jedoch, wenn hier einmal ordentlich Remedeur geschaffen würde.

Bäckerei-Mißstände.

Bäckereimeistersöhne als Jugenderzieher. Daß sich Unternehmerröhne, besonders die des ehrwürdigen Bäckershandwerks, gegenüber jungen, hilflosen Lehrlingen und Gehilfen berufen fühlen, unbeschränkt über dieselben zu verfügen, ist zur Genüge bekannt. Ein besonderes Verdienst hierin erwirbt sich offenbar der Bäckereimeistersohn Abenstein in Gera, Fabrikstraße. Dieser gebildete Herr scheut sich nicht, junge Gehilfen mit den gemeinsten Schimpfwörtern zu belegen. Daß solche Charaktere auch manchmal zu handgreiflichen Züchtigungen übergehen, ist selbstverständlich. So schlug derselbe vor kurzer Zeit einen jungen Gehilfen derart an den Kopf, daß dieser Kollege wegen Trommelfellverletzung vier bis fünf Wochen in ärztlicher Behandlung stand und arbeitsunfähig war. Es wäre noch mehr anzuführen, aber diese Zeilen mögen zunächst genügen. Hoffentlich wird sich dieser Prügelheld eines Besseren bestimmen. Die Mitgliedschaft des Verbandes der Bäcker und Konditoren wird dafür sorgen, daß er seine Manieren bessert, so schwer es ihm auch fallen mag.

Kost- und Logiswesen sowie Betriebsmißstände bei Georg Reeps, Jena. In obgenannter Bäckerei, welche von außen keinen schlechten Eindruck macht, wurde durch die hiesige Polizei eine Revision vorgenommen, und es zeigt sich wiederum, daß es notwendig ist, solche Betriebe öfter zu revidieren, wenn Publikum und Personal vor Widerwärtigkeiten geschützt werden sollen. Bemerkenswert wollen wir ausdrücklich, daß die dort Beschäftigten nicht der Organisation angehören. Auf die Frage des Beamten nach Handbüchern und Sitzgelegenheiten wurde ihm vom ersten Gesellen die Antwort zuteil: „Handtücher sind nicht da — zum Abtrocknen hängt dort ein Saß der hiesigen Walzenmühle; Sitzgelegenheiten sind mit Ausnahme eines Stuhles (für vier Personen), dem obendrein das Sitzbrett fehlt, auch nicht vorhanden.“ Das erschien selbst dem Beamten unzureichend; denn er begab sich nach oben und stellte den Meister zur Rede. Er erhielt zur Antwort: „Was — keine Handtücher? Da muß ich doch gleich selber mal mit runter gehen! Ich komme gleich nach!“ Darauf begab er sich auf einem andern Wege nach der Backstube, ging an dem Jahrstuhl vorüber und ließ schnell einige Handtücher hinunter. Als Beamter und Meister in der Backstube ankamen, siehe da — da war alles da! Dem Beamten mußten aber doch Zweifel aufkommen sein; denn er erschien acht Tage später wieder im Betriebe. Die herborgezauerten Handtücher fand er zwar noch, aber natürlich in ziemlich unansehnlichem Zustand. Dafür glänzte aber nun auch noch der Stuhl durch Abwesenheit. Aber der Meister wußte sich wieder zu helfen. Er stellte an einen im Laden zufällig anwesenden Tischlermeister das Ansuchen, zu sagen, daß Stühle bei ihm zur Reparatur seien, was der Tischler auch tat, als der Beamte nach oben kam. In Wirklichkeit hatte der Geselle einen Margarinedeckel als Sitz auf dem Stuhle angebracht und das Möbel war nun wahrscheinlich als zu gut für die Bäckergesellen befunden worden; denn er war jetzt in die Küche gewandert. Nach circa 3 bis 4 Wochen erschien der Beamte nochmals. Als er die Backstube betrat, strömte ihm ein durchdringender Geruch entgegen, welcher aus dem Topfe kam, dessen Inhalt zum Streichen von Wienerbrot, Schnecken, Hörnchen usw. Verwendung fand, was zunächst von dem Beamten mit Kopfschütteln wahrgenommen wurde. Auch die alten, bekannten Handtücher fand er wieder, aber natürlich so dreidig steif, daß sie ohne Mühe frei in der Luft stehen konnten. Der Geselle hatte zwar verschiedentlich versucht, andre zu bekommen, aber von der Gnädigen erhielt er immer nur die Antwort, es wäre ihre Sache, wann die Handtücher umgetauscht würden, sie müßte das am besten wissen. Auf Vorstellung der Leute nahm der Beamte dann eine Probe von der zum Gebäckreihen verwendeten Butter an sich und nahm auch den Topf mit nach oben, um dem Meister die Mitnahme der Delikatessen mitzuteilen. Auf den Ausgang der Angelegenheit darf man gespannt sein, und werden wir eventuell darüber berichten.

Im übrigen ließen Meister und Meisterin in der Zwischenzeit ihren Unmut an den Gesellen aus. Das an und für sich qualitativ ungenügende Essen (ranzige Butter, harte Erbsen usw.) wurde noch mangelhafter. Ferner wurden die Betten drei bis vier Tage mitunter nicht gemacht, obgleich von genügender Ruhe schon sowieso nicht gesprochen werden kann, weil der Schlafraum über dem Kinematographentheater liegt, wo von 4 Uhr nachmittags an das Klavier seine Weisen ertönen läßt. Die Madam speziell war über die Begleiterscheinungen der Revision so indigniert, daß sie eines Mittags, als die Leute bei Tische saßen, mit den Worten aufstand: „Mein, Georg, ich bin satt. Mit solchen Leuten zusammen zu essen, paßt mir nicht!“ Der tapfere Georg, der auch mit einem Male satt war, folgte ihr getreulich nach.

Kost und Logis in Mannheim. Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 87 eine Notiz, in welcher auch die Taten zweier Schweinigel mit angeführt wurden. Von dem einen, Ignaz Wolz, war außerdem gesagt worden, daß er ein Zögling des Gesellenvereins wäre. Der Herr Präses dieses Vereins sendet uns nun mit der Bitte um Notiznahme die Mitteilung, daß er das ganze Mitgliederverzeichnis durchgesehen und diesen Namen nicht gefunden habe.

Es ist erfreulich, wenn der Gesellenverein die Gemeinschaft mit einem Schweinigel von sich weist; ob in diesem Falle die Reinigung aber gelungen ist, können wir doch noch nicht behaupten. Wir haben ja gar nicht davon gesprochen, daß Wolz noch Mitglied der frommen Gemeinschaft ist, sondern nur angeführt, er sei ihr Zögling.

Polizei und Gerichte.

Milde Strafe für Lehrlingsmißhandlung. Der Bäckereimeister Friede in Magdeburg hatte im Laufe des Jahres wegen Ueberbeschäftigung seiner Lehrlinge eine Geldstrafe von M 20 bezahlen müssen. Es bestand die Vermutung, daß Angehörige eines bestimmten Lehrlings die Anzeige erstattet hätten. Nun hegte der Sohn des Meisters, Bäckergeselle Paul Friede, der im Geschäft seines Vaters arbeitete, nicht gerade liebevolle Gefühle für jenen Lehrling, und als der junge Mensch eines Tages etwas verfaß, gab ihm Paul Friede derart eins mit dem Brotstieher auf den Kopf, daß eine große Beule entstand. Der Vater des Jungen stellte Strafantrag und Paul Friede wurde wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges — zu M 10 Geldstrafe verurteilt.

Schwere Strafe für Inzidenz. Der einmal wegen Unterschlagung vorbestrafte Bäcker Franz P. in Magdeburg wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er ein altes Portemonnaie mit 45 M Inhalt, das er gefunden hatte, für sich behielt.

Eine überflüssige Anklage. Die Kollegen Joseph Diermaier, Max Gerl und Erhard Süß in München erhielten Strafbefehle zugestellt, weil alle drei am 10. Februar, nachmittags 4 Uhr, vor dem Schulhause an der Luisenstraße an Bäckereilehrlinge, die aus der Fortbildungsschule kamen, die Nr. 1 der „Arbeiterjugend“ unentgeltlich verteilt hatten. Gegen die Strafbefehle wurde Einspruch erhoben, weshalb sich am Montag das Schöffengericht München mit der Angelegenheit zu befassen hatte. Die „Münchener Post“ berichtet darüber:

Der Vorsitzende, Amtsrichter Werner, erörterte zunächst, welchen Standpunkt die Anklage eingenommen hatte. Nach § 43 der Reichsgewerbeordnung bedarf jeder, der gewerbmäßig Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen verteilt, einer ortspolizeilichen Genehmigung. Diese gewerbepolizeiliche Vorschrift wurde nicht davon berührt, daß vor einiger Zeit das Kolportageverbot auf Straßen und Plätzen aufgehoben wurde, denn dieses war eine verkehrspolizeiliche Vorschrift. Der Amtsrichter richtete daher an die Angeklagten, um eine etwaige Gewerbmäßigkeit festzustellen, die Frage, ob sie für die Verteilung entlohnt wurden; die Frage wurde verneint, und auf die weitere Frage, ob die Verteilung vielleicht in den Pflichtkreis von Gerl und Süß als von der Gewerkschaft entlohnte Kassierer falle, antwortete Diermaier, daß dies auch nicht der Fall sei, wohl aber erachte es jeder gewerkschaftlich Organisierte als seine Pflicht — sei er nun Angestellter oder Mitglied — derartige unentgeltliche Verteilungen vorzunehmen. Der Amtsrichter hob dann weiter hervor, daß eventuell Artikel 12 des Ausführungsgesetzes zur Reichsstrafprozeßordnung einschlägig sein könne, der besagt, es mache sich strafbar, der ohne polizeiliche Erlaubnis auf Straßen Bekanntmachungen, Plakate und Aufrufe unentgeltlich verteile. In der Verteilung Nr. 1 der „Arbeiterjugend“ sei nun an der Spitze des Blattes ein Artikel enthalten, den die Anklage vielleicht als Aufruf bezeichnen könne. Der Amtsrichter verlas diesen Artikel, aus dem hervorging, daß er sich an die Arbeiterjugend wandle und die Aufgaben erörterte, die das neugegründete Jugendorgan zu erfüllen hat. Festgestellt wurde ferner noch, daß die Organisation die Nummern der „Arbeiterjugend“ bezahlt und unentgeltlich an die Lehrlinge abgibt. Der Amtsanwalt Schmid erachtete es als festgestellt, daß die Verteilung eine gewerbmäßige (1) gewesen sei; denn sie hätten die Verteilung während ihrer Arbeitszeit auf Auftrag hin vorgenommen. Sollte das Gericht nicht die Gewerbmäßigkeit annehmen, so müsse Art. 12 des Ausführungsgesetzes zur Reichsstrafprozeßordnung Anwendung finden, da der verlesene Artikel ein Aufruf sei. Der Amtsanwalt beantragte bei Annahme einer Uebertretung des § 43 der Gewerbeordnung je M 6 Geldstrafe, bei Annahme einer Verletzung des Art 12 für Gerl und Süß je zwei Tage, für Diermaier aber vier Tage Haft. (1).

Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Ruffbaum, beantragte, die Angeklagten freizusprechen. Von einer Gewerbmäßigkeit könne keine Rede sein, die Angeklagten beziehen Entlohnung für ihre gewerkschaftliche Tätigkeit, zu der aber die Verteilung von Zeitungen usw. nicht zu rechnen sei. Außerdem habe die Verteilung nur einmal stattgefunden, das schließe wiederum die Gewerbmäßigkeit aus. Diermaier scheide bei Verletzung des § 43 der Gewerbeordnung ganz aus, da er nur als Anstifter in Betracht kommen könnte, hierfür aber das Tatbestandsmerkmal des Vorzuges fehle. Der verlesene Artikel sei aber auch kein Aufruf, es sei daher auch nicht der angezogene Artikel 12 anzuwenden; sonst müßten eine Reihe

von Tageszeitungen unter ihm fallen, die gewöhnlich bei Quartalschluss aufzählen, welche Aufgaben sie sich stellen und zum Abonnement auffordern. Mit Recht gab Rechtsanwalt Kuchbaum seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der Amtsanwalt bei seinem so schlecht motivierten Antrag sogar die Verhängung einer Haftstrafe vorgeschlagen hatte. Das Schöffengericht schloß sich den Ausführungen Kuchbaums an und sprach die drei Angeklagten unter Ueberbürdung der Kosten auf die Staatskasse frei. Den Artikel 12 erachte das Gericht nicht als einschlägig, da es sich um keinen Aufruf handle. Eine Verletzung des § 43 der Reichsgewerbeordnung könne aber nicht angenommen werden, da die Gewerbemäßigkeit des Handelns nicht nachgewiesen werden konnte.

Bestrafte „Roggina“-brotschweineereien. In Erfurt verurteilte das Schöffengericht den Bäckermeister Otto Schmitz, wegen Nahrungsmittelfälschung, zu einem Monat Gefängnis. Er hatte dem sogenannten „Roggina“-brot, einem an sich durch Kartoffelzusatz minderwertigen Erzeugnis, für welches ein spekulativer Kopf die Reklame-trommel rührt — Siebmehl, Drei aus ungeschälten Kartoffeln, „Mehl“ aus verschimmeltem Roggenbrot zugefetzt. Eine Zeugin bekundete, daß sie Bedenken hatte, die ungekochten Kartoffeln durch ein Sieb zu pressen, ihr der saubere Meister erwidert habe: „Ach was, das muß schnell gehen — es wird alles gegessen!“ Auch die andern Anklagepunkte wurden durch Zeugen bestätigt. Der Amtsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Generalkrieg in Schweden. Ein Resultat der Vergleichsverhandlungen liegt noch nicht vor, und so zeigt es sich, daß die Regierung auch in diesem Stadium des Kampfes sich noch immer als Anwalt des Arbeitgeberverbandes fühlt. Statt die Verhandlungen zu fördern, hindert sie die Vergleichsbeamten in mannichfacher Weise. Ein Teil der Arbeitgeber hat es jedoch vorgezogen, sich auf eigne Faust mit den Arbeiterorganisationen zu einigen, so daß die Zahl der Ausständigen immerhin etwas abnimmt. Nach den letzten offiziellen Ermittlungen sollten noch 120 000 Streiker vorhanden sein. Deftentlich sind diese Zahlen stets um einige Tausende zu niedrig gegriffen. **Unterstützung für die tapfere Armee muß also nach wie vor in energischster Weise herbeigeschafft werden!** Im übrigen verweisen wir auf die in heutiger Nummer an anderer Stelle gebrachte ausführliche Schilderung des Kampfes unsrer schwedischen Bruderorganisation.

Die Mühlenarbeiter Leipzigs stehen in einer Lohnbewegung. Der Arbeitgeberverband der sächsischen Mühlenindustrie (Sitz Dresden) verweigert die Verhandlungen mit „betriebsfremden Personen“ und hat obendrein erklärt: Wenn die Mühlenarbeiter nicht genug verdienen, sollten sie ihre Frauen mitarbeiten lassen; die Frauen der Mühlenbesitzer müßten auch mitarbeiten. Eine glückliche Erledigung der Lohnbewegung scheint somit aussichtslos. Die Unternehmer versuchen schon, unorganisierte Arbeiter nach Leipzig zu locken. Die Mühlenarbeiter allerorts wollen dies beachten.

Eine Niedertracht, die eben nur von Zentrumsleuten begangen werden kann, zeigt folgender Vorgang. Im Reichstag haben Zentrum und christliche Gewerkschaftsführer dafür gesorgt, daß Bier, Tabak, Kaffee, Tee und Zündhölzler teurer werden. In Anbetracht der schmähligen Erwerbsverhältnisse und der allgemeinen Teuerung traten in Nürnberg die Arbeiter in der Wolffschen Fabrik in den Abwehrstreik, weil die Firma M. 2 bis 3 pro Woche weniger Lohn bezahlte. Seit acht Wochen dauert nun dieser Kampf und in ganz gemeiner Art fällt das hiesige Zentrums- und christliche Arbeiterblatt, „Die Nordbayerische Zeitung“, denselben in den Rücken, indem sie folgendes Inserat bringt:

Männliche und weibliche Arbeiter finden dauernde, gutbezahlte Beschäftigung; auch christliche Offerten erwünscht.

Gebr. Wolff,

Nürnberg, Celluloidwarenfabrik,
Färberstraße 176.

Damit beweist diese Presse aufs neue, daß ihr der Arbeiterverrat eine angeborene Tugend ist.

Streik in der Zigarettenfabrik Manoli, Berlin. Zigarettenraucher werden darauf aufmerksam gemacht, daß eine von 300 Personen besuchte Betriebsversammlung der Zigarettenfabrik Manoli, Inhaber J. Mandelbaum, beschlossene hat, sich mit 50 entlassenen Arbeiterinnen solidarisch zu erklären und in den Streik einzutreten. Der Unternehmer war ersucht worden, keine Entlassungen vorzunehmen, sondern die Arbeitszeit zu beschränken, hatte aber keinerlei Entgegenkommen gezeigt.

Aus christlicher und gelber Werkstatt.

Die „Christen“ in Biersen. Vom Kollegen Dietrich G. in a. M. erhalten wir eine Erwiderung auf die unwahren Behauptungen in Nr. 18 der „Solidarität“, betreffend die Bewegung, die sich im vorigen Jahre in der Schokoladenfabrik Kaiser in Biersen abspielte.

Schmitz behauptet ganz einfach, und zum Beweise dessen führt er an, daß eine Feststellung Schwindel sind. Das ist natürlich, gelinde gesagt, ebenso bequem wie dreist. Er leugnet ganz einfach die Tatsache, daß eine Betriebsversammlung es war, die uns kurz vor dem Winter den Auftrag gab, bei der Geschäftsleitung vorstellig zu werden, und behauptet dann, die heiderseitigen Vertrauensleute hätten uns als Organisationsleiter den Auftrag gegeben. Demgegenüber stelle ich nochmals fest, daß erstens die heiderseitigen Vertrauensleute dem Arbeiterausschuß den Auftrag gaben, zur Besprechung der fraglichen Differenzen eine Versammlung einzuberufen; daß zweitens der Arbeiterausschuß eine solche Betriebsversammlung einberufen hatte, und daß drittens eben diese Betriebsversammlung uns zum Vorstelligwerden beauftragte. Schmitz leugnet das wohl nur deshalb ab, um die Tatsache zu verbergen, daß er einer Betriebsversammlung nicht

Verzicht erstatte wollte. Er will also nur eine gemeinsame Vertrauensleuteversammlung als Auftraggeberin gelten lassen, gibt aber damit wiederum zu, daß er den Ausreißer gespielt hat. Denn auch die gemeinsame Vertrauensleuteversammlung zum Zwecke der Berichterstattung über unsere Vorstellung hat Schmitz nicht gewollt. Diese Tatsache sucht er nun damit zu entschuldigen, daß die Vertrauensleute seines Verbandes am Sitzungstage bis 9 Uhr gearbeitet hätten und darum nicht an der gemeinsamen Sitzung teilnehmen konnten. Das erklärt Schmitz wohlverstanden jetzt; im Vorjahre aber kam er in unsre Sitzung, wo wir auf ihn und seine Vertrauensleute warteten, und erklärte: Wir haben eben Vertrauensleuteversammlung gehabt; diese hält ein weiteres Vorgehen in der Sache für nicht mehr angebracht und darum hätte für sie auch die gemeinsame Sitzung keinen Zweck mehr.

Das Skriptosiehe kommt erst noch. Um nämlich den absoluten Beweis zu liefern, daß ich zum Kampf bereit, erzählt Schmitz davon, daß ich den Betrieb bei Kaiser, in dem rund 700 Personen beschäftigt sind, stilllegen wollte. Als man mich fragte, mit wieviel Mann ich das fertig brächte, soll ich gesagt haben: „Mit 8 (acht) Mann.“ Ich weiß wirklich nicht, ob ich das gesagt habe; aber sollte dies der Fall sein, so weiß ich tatsächlich nicht, was ich an den Christenführern in Biersen und Düsseldorf mehr bewundern soll, ihre pyramidale Dummheit, die sie glauben ließ, ich könnte mit acht Mann einen Betrieb mit 700 Personen stilllegen, oder ihren sonst offenbar gewaltigen Respekt vor mir, daß sie mir eine derartige Herkulesstat überhaupt zutrauten. Warum geht Schmitz denn in seinem Artikel nicht auf meine Feststellung ein, daß er die Aufnahme eines Protokolls über den Schluß der ganzen Angelegenheit ablehnte; warum erklärt er immer nur, ich hätte ihn und seine Getreuen in den Kampf hegen wollen, und warum stellt er denn eigentlich nicht fest, was ich und meine Kollegen von Biersen in unsrer Sitzung, in der er selbst zugegen war, überhaupt wollten. Weil er eben mit der Anerkennung dieser unumstößlichen Tatsache sich selber Lügen strafen müßte. Was wir wollten, das war: Erstens, die Aufklärung des Publikums über die arbeiterfeindlichen Praktiken der Firma Kaiser durch die Presse, und zweitens die Herausgabe eines gemeinsamen Flugblattes an die Arbeiterschaft. Weibes lehnte Schmitz ab. Auf meine diesbezügliche Feststellung in Nr. 34 unsrer Zeitung geht er überhaupt nicht ein, weil er eben nichts daran ändern kann. Wohl haben wir die Eventualität einer Arbeitsniederlegung einmal diskutiert; das war aber im Sommer, als die Kündigung einer größeren Anzahl Personen erfolgte. Gerade damals aber waren es die Christen, die sich außerordentlich kampfeslustig gebärdeten, allerdings in einer Weise, die uns keinen Zweifel ließ, daß es ihnen in Wirklichkeit doch nicht Ernst sei. Und gerade dieses anfängliche rabidale Tum und das schließlich Auskniffen, nicht zuletzt aber die Tatsache, daß die Christenführer, trotzdem die Betriebsversammlung die Vertreter der beiden Verbände und den Arbeiterausschuß zur Verhandlung mit der Firma beauftragten, allein mit der Firma verhandelten, das war es, was einem großen Teil der christlich Organisierten das Vertrauen zu ihrer Organisation nahm und eine berechtigte Erbitterung bei diesen gegen Schmitz, Baad und Konjorten hervorrief. Um nun endgültig festzustellen, daß erstens nicht wir es waren, sondern die Christenführer, die in erster Linie mit dem Wort „Kampf“ herumwarfen, daß zweitens ein christlicher Führer, ohne hierzu die Berechtigung zu haben, allein mit der Firma verhandelte, und daß drittens die Christenführer in Biersen es überhaupt nicht ernst mit ihrem ganzen Vorgehen meinten, hierzu mögen folgende Briefstellen und offiziellen Verhandlungsgespräche dienen. Am 11. August drohte Eugen Baad der Firma durch ein Schreiben in folgender Form mit „Kampf“: „Durch Ihr Zugeständnis vom 7. d. M. glaube ich, die Sache sei dadurch einen bedeutenden Schritt einer glücklichen Einigung näher gebracht worden, woran doch auch die Firma ein bedeutendes Interesse hätte. Zu meinem Bedauern sehe ich mich aber gezwungen und muß gestehen, daß dies gerade so aussieht, als ob Sie den wirtschaftlichen Kampf entfesseln wollten. Sollte dies der Fall sein, dann können Sie sich versichert halten, daß drei Millionen deutsche organisierte Arbeiter (das Wort „sozialdemokratische“ steht hier merkwürdigerweise nicht dabei) unentwegt hinter uns stehen werden.“

Nebenbei bemerkt, nimmt Baad hier Bezug auf seine Verhandlung mit Herrn Kaiser am 7. August, wozu er gar keinen Auftrag hatte. Und am 7. August erhielt ich von Baad eine Karte, in der u. a. folgendes steht:

„War soeben bei Herrn Kaiser. — Die Verheirateten bleiben sämtlich, die andern werden wir wohl nicht alle halten können.“

Am 19. August fanden nun die Verhandlungen zwischen den Organisationsvertretern, dem Arbeiterausschuß und der Firma statt, deren Resultat mit einer winzigen Ausnahme das gleiche war, was Baad schon am 7. August mit der Firma abgemacht hatte.

Die Christenführer wollten nur so tun, als ob ihnen damit Ernst wäre, was folgender Vorgang beweist. Kurz nach Ausbruch der ersten Differenzen arbeitete ich in gemeinsamer Vertrauensleuteversammlung eine Resolution aus, die uns in der Durchführung der Bewegung die Richtschnur geben sollte. Diese Resolution legte ich in Gegenwart des Genossen Subhoff, als Vertreter unsres Kartells, dem Herrn Besch, Sekretär und Vorsitzender des christlichen Kartells, vor. Beide billigten die Resolution und die in derselben entwickelten Pläne ohne weiteres, und nur an einem Punkt nahmen sie Anstoß, der dann auch aus der Resolution verschwinden mußte. Dieser Punkt forderte nämlich die Anrufung des Oberbürgermeisters Stern von Biersen als Vermittler. Der Herr Besch war aber ein strikter Gegner der Person Sterns, und auf meine Frage: warum? entwickelte sich folgender Dialog zwischen mir und Besch.

Besch: Ich bin gerade deswegen dagegen, weil es in Biersen Leute gibt, die sich auf solche Weise gern mit einem arbeiterfreundlichen Nimbus umgeben wollen, denen ich ihnen nicht gönne.

Dietrich: Sie meinen wohl, weil Stern ein Liberaler ist. Das kann uns doch egal sein, welcher Partei der Mann angehört; die Hauptsache ist, daß er uns nützen kann.

Besch (mit den Achseln zuckend): Na, Sie verstehen mich ja. Ich zog schließlich den betreffenden Passus zurück, weil es mir gleich sein konnte, ob der Vermittler dieser oder jener Partei angehörte; aber dem christlichen Kartellvorsitzenden war es nicht einerlei. Es durfte nur ein Zentrumsmann sein. Die „Solidarität“ hinderte das allerdings nicht, nach der Bewegung da-

von zu schwindeln, ich hätte in Biersen im Interesse einer gewissen Partei mit dem Wohl und Wehe der Arbeiter gespielt. Wer das nun getan hat, geht aus obigem deutlich genug hervor.

Im weiteren Verlauf unsrer Unterredung mit Besch und Baad fragte ich sie dann, was sie denn nun zu tun beabsichtigen, wenn die von ihnen vorgeschlagenen Mittel versagen sollten? Darauf antwortete Besch, und Baad widersprach ihm auch nicht: „Wir müssen eben so tun, als ob uns so wäre.“ Genosse Subhoff und ich erklärten fast gleichzeitig, weil erschrocken über eine derartige Gewissenlosigkeit seitens des christlichen Kartellvorsitzenden: „Nein, Herr Besch, wir wollen so tun, wie uns ist“, worauf wir uns verabschiedeten. Das, verehrte „Solidarität“, ist die Wahrheit über die Taktik der Zentrums- und christlichen Kartellen in Biersen, und diese Tatsachen sind es auch, die einem großen Teil der dortigen Arbeiterschaft das Vertrauen zu ihrer, der Zentrumsnahrungsmitarbeiterorganisation mit Recht genommen hat.

Wischnöbki im Lipperländchen. Angeblich auf Einladung des Gehilfenvereins von Detmold kam Wischnöbki nach der lipprischen Hauptstadt, ein ganz jungfräulicher Boden für den Bund. Von der gelben Sonne, die in Cassel auf dem Bundesstag eben sang- und klanglos verblähte, sollten nun die Detmolder Kollegen noch etwas bestrahlt werden. Die Versammlung war gut besucht, auch elf Meister bezugten durch Erscheinen ihre Gunst. Gustavs schuldscheinungrige Miene verwandelte sich schon in triumphierendes Lächeln angesichts des Erfolges. Es kam anders. In seinen Erzählungen erging er sich meist in den bekannten zünftlerischen Betrachtungen und großartigen geschichtlichen Belehrungen für die unwissenden Kollegen und Meister Detmolds. Die meisten sagten sich denn auch: „Das ist ein Geschichtskennntnis! Geschichtskennntnisse, die er sich im gigantischen Ringen nach Erkenntnis der wirklichen und wahren Tatsachen angeeignet hat.“ Aber nur fünf Minuten sollte dieses Vergnügen währen. In dieser Zeit hatte der grimmige Ritter der Wahrheit das ganze Mittelalter und den Verfall der Zünfte hinter sich. Nun kam der andere Speech. Gelb in gelb malte er die Bilder der Gegenwart und sein schmunzelndes Behagen verriet, daß diese Tätigkeit sein eigentliches Metier ist. Ja, ein „echter teutscher Mann“ verleugnet eben seinen wahren Charakter nie, und wir sagten uns auch: „Aus einer Kartoffel wird keine Pomeranze.“ Die Diskussion scheint W. nicht gefallen zu haben; denn er stellte den Antrag auf Schluß derselben, nachdem erst einer von uns gesprochen hatte. Er sagte, er könne nicht alles widerlegen, wenn so viele sprechen. Er hat ja Recht, am besten ist es, wenn man beim Lügen überhaupt nicht ertappt würde. Mit der Mundtoinmachung hatte er aber kein Glück, sondern mußte noch manchen Hieb aushalten. Die Detmolder Kollegen lobten ihm seine Mühe schlecht, kein Wort des Dankes kam über ihre Lippen. Nur der Obermeister warf ihm noch einen „Herzlichen Dank“ zu. Das ist aber ein schlechter Trost, wenn die Schuldscheine vergilbt und blaß in der Tasche liegen und keine Abnehmer finden. Für den gelben Samen ist eben auch in Lippe kein günstiger Boden.

Die Detmolder Kollegen wissen aber nun, daß sie in den Verband gehen müssen, wenn sie es in Zukunft besser haben wollen.

Reinfall des gelben Hähnelchens in Harburg. Durch rege Agitation ist es gelungen, den größten Teil der hier beschäftigten Kollegen für unsre Organisation zu gewinnen. Natürlich berieten die Häupter der Innung hin und her, wie man am besten die Einigkeit unter den Gehilfen wieder sprengen könnte. Und so ließ man den gelben Gustav aus Berlin kommen, damit der das goldne Handwerk wieder retten sollte. Zu dieser Versammlung hatten sich außer einigen Meistern zwölf Harburger Kollegen eingefunden, zu welchen noch fünf aus Hamburg zu zählen sind, die mit erschienen waren. Sie ließen es sich zusammen wohl sein; denn die Innung zahlte das Bier. Um nicht von außen gebört zu werden, machte man schleunigst alle Fensterklappen dicht; aber dies hinderte nicht, daß uns ein mitanwesender Freund noch denselben Abend mitteilte, daß der Herr Harburger Sprechmeister so frei war, vorzuschlagen, die Meister sollten nur die ersten Gefellen, die im Verbands wären hinausschmeißen, — die jüngeren würden dann von alleine gehen. Auch der Hamburger Bremser leistete sich, um den Harburgern Mut einzuflöschen, den dicken Schwindel, sie seien in Hamburg 70 Mitglieder während es gegenwärtig nur 36 und ein halber sind.

Unsre Mitgliedschaft hielt zu gleicher Stunde eine Versammlung ab, in der das Treiben der Innung und ihrer paar Helfershelfer gebührend gekennzeichnet wurde; weiter wurde betont, daß wenn die Einigkeit unter den Harburger Kollegen sich in derselben Weise wie in den letzten Wochen weiter befähigt, so wird es sicher nicht mehr lange dauern, daß sie sich bessere Arbeitsbedingungen schaffen haben. Auf alle Fälle hat Gustav erkannt, daß ihm auch hier die Felle weggeschwommen sind, und er wird schwerlich bei uns noch einmal seine Quertreiberei versuchen.

Literarisches.

Lob der Todesstrafe. Von J. Stern, Berlin, Verlag des Vorwärts.

Sozialdemokratische Gemeindepolitik. Heft 9. Hygiene der Städte. I. Trinkwasserversorgung. Von Dr. Jabel. Berlin, Verlag des Vorwärts. Vereinsausgabe 50 A.

Die Volksschule, wie sie ist. Von Otto Mühl. Zweite umgearbeitete Auflage. Berlin, Verlag des Vorwärts. Preis 30 A.

Arbeitergesundheitsbibliothek. Herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Jabel. Heft 2. Das erste Lebensjahr. Wie ernähren und pflegen wir den Säugling. Von Dr. med. R. Silberstein-Niggdorff. Preis 20 A. Verlag Vorwärts, Berlin.

Die giftigen-harnsauren Ablagerungen im menschlichen Körper. (Schleimende Gicht). Ihre Entstehungsurache und Behandlungsweise. Dargestellt von Dr. med. W. J. Mittel. Spezialarzt in Franzensbad. 8. Auflage. Selbstverlag.

Zentralverband der Stuckateure. Protokoll über die Verhandlungen des siebten außerordentlichen Verbandstages in Cassel. Verlag des Verbandes.

Verband der Fabrikarbeiter. Protokoll der Konferenz für die in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu Frankfurt a. M. Verlag von August Brey, Hannover. Preis M. 1,50.